Beilage : **Medizin im Sozialismus**

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 3 vom 12. Januar 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Kampfruf in Frankfurt: 'Schah Mörder Brandt Komplize!'

Solidarität mit iranischen Patrioten bricht Demonstrationsverbot



Schah - Mörder – Brandt - Komplize! Hoch die internationale Solidarität! Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei! Mit diesen Parolen durchbrach am Samstag, den 12.1. eine deutsch-ausländische Kampffront das Demonstrationsverbot in der Frankfurter Innenstadt.

EINREISEVERBOT IRANISCHER PATRIOTEN – FASCHISTISCHE TODESURTEILE IM IRAN!

Das war der Grund, warum die CISNU zusammen mit deutschen fortschrittlichen Organisationen schon am Mittwoch zu einer Demonstration aufrief. Diese Demonstration wurde verboten.

Begründung: Anmeldefrist von 48 Stunden war angeblich nicht eingehalten worden. Außerdem bestünde der Verdacht, daß auf der Demonstration Transparente getragen würden, die sich gegen ein ausländisches Staatsoberhaupt richten, gegen den Schah von Iran, und die Verfassungsorgane der BRD verunglimpfen.

Die CISNU hatte in einem Flugblatt aufgezeigt, daß hier die völkerfeindliche Zusammenarbeit zwischen dem faschistischen Schah-Regime und dem westdeutschen Imperialismus geschützt werden soll. Als Liebesdienste für den Schah verhängt die Regierung Einreiseverbote, verfolgt fortschrittliche iranische Patrioten, arbeitet mit dem iranischen Geheimdienst zusammen. Das Verbot für die Demonstration am Mittwoch kam direkt aus Bonn.

Massive Truppen, Wasserwerfer standen bereit, als am Versammlungsort am Opernplatz das Verbot bekanntgegeben wurde. Kurz entschlossen bildete sich ein spontaner Demonstrationszug, von 600 bis 800 Leuten, der auf die Zeil marschierte. Bevor sich die Polizei mit ihren Fahrzeugen durch den Berufsverkehr gekämpft hatte, wurde schon auf der Zeil demonstriert, Flugblätter verteilt, Parolen gerufen. Es gelang der nachrückenden Polizei auch nicht, die Demonstration aufzulösen. Es fand sogar eine ausgezeichnete Schlußkundgebung statt.

Es wurde die internationale Solidarität betont und am Schluß die Internationale gesungen.

Als Antwort auf das faschistische Vorgehen des Staates, auf das Demonstrationsverbot rief die CISNU gleich am nächsten Tag zu einer neuen Demonstration für den Samstag auf. Diese Demonstration wurde ebenfalls verboten. Wieder auf direkte Order aus Bonn. Wenn die Borugeoisie darauf gehofft hatte, daß deswegen nur ganz wenige zur Demonstration kommen würden, hat sie sich geirrt: es kamen 2.000 bis 3.000

Fortsetzung auf Seite 2

KPD/ML beteiligt sich an Hamburger Bürgerschaftswahlen

Das Zentralkomitee der KPD/ML hat beschlossen, daß die Partei sich an den Bürgerschaftswahlen in Hamburg beteiligen wird. Das bedeutet aber keineswegs, daß unsere Partei ihren Standpunkt zum Parlamentarismus, zu den bürgerlichen Wahlen geändert hat.

Für unsere Partei gilt nach wie vor, was Engels sagte: "Das allgemeine Wahlrecht kann nicht mehr und nicht weniger sein als ein Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse". Und wie Lenin sagte: "Die Aktion der Massen – z.B. ein großer Streik – ist immer und keineswegs nur während der Revolution oder in einer revolutionären Situation wichtiger als die parlamentarische Aktion".

Gerade im Wahlkampf werden wir die Lüge der revisionistischen D'K'P-Führer entlarven, daß der Sozialismus auf friedliche Weise über den Weg des Parlamentarismus zu erreichen sei.

Die Aufgabe der bolschewistischen Kampfpartei ist es, die Arbeiterklasse zur Revolution, zum Sozialismus zu führen. Sie ist der Todfeind der Bourgeoisie, weil sie das imperialistische System nur im bewaffneten Aufstand zerschlagen wird und die Reste der Bourgeoisie unter die Diktatur des Proletariats stellen wird. **Daher wird es keinen friedlichen, legalen Weg geben und daher werden wir auch weiterhin am illegalen Parteiaufbau als Grundprinzip unbedingt festhalten.**

Unsere Aufgabe ist es, den bürgerlichen Wahlschwindel, den Betrug des Parlamentarismus den Massen der Arbeiterklasse immer wieder zu zeigen. Dabei kann aber die Tribüne des Parlaments genutzt werden. **Bereits im Oktober 1972 schreibt der Rote Morgen zur Frage Wahlboykott oder Wahlbeteiligung: "Ausgehend von dieser allgemeinen Einstellung zu Parlamentswahlen wenden die Kommunistischen Parteien je nach den konkreten Bedingungen zu verschiedenen Zeiten verschiedene Taktiken bei Parlamentswahlen an. Sie reichen von der Wahlbeteiligung über den Wahlboykott bis zum Auseinanderjagen bzw. Festsetzen des Parlaments in der entscheidenden Zuspitzung des revolutionären Kampfes."**

Welches sind die Bedingungen für die Teilnahme an den Wahlen in Hamburg?

1. Verstärkt versucht die Bourgeoisie unsere Partei durch Kriminalisierung und Beschneidung der kommunistischen Agitation und Propaganda in die Illegalität zu zwingen. Es ist unsere Pflicht, um jeden Fingerbreit Legalität zu kämpfen, denn unter den Bedingungen der Illegalität ist es erschwert, Agitation und Propaganda zu treiben. Unsere Wahlbeteiligung wird es der Bourgeoisie erschweren, uns – wie sie es wünscht – nach §129 als kriminelle Vereinigung zu verbieten.

Wenn unsere Partei zu den Wahlen zugelassen wird, wird die Bourgeoisie uns dann als politische Partei verbieten müssen – als Nachfolgeorganisation der alten KPD. "Aber dann", wie Genosse Ernst Aust in seiner Rede zum 5. Jahrestag unserer Partei sagte, "kommen sie in eine Zwickmühle mit ihrer D'K'P. Wenn wir die Nachfolgeorganisation sind, ist die D'K'P ja niemals mehr die Nachfolgeorganisation. Das ist für die Arbeiter auch interessant."

2. Um aber nach dem bürgerlichen Gesetz Partei zu sein, muß man sich innerhalb von 6 Jahren an einer Wahl beteiligt haben.

3. Die Bedingungen für die Teilnahme zur Wahl in Hamburg sind günstig. "Würden wir", wie Genosse Ernst Aust sagte, "zur Bundestagswahl Kandidaten aufstellen, dann würden wir alle Genossen, die wir haben – und wir sind keine große starke Partei mit so und soviel Genossen – der Bourgeoisie preisgeben." "Hamburg ist ein Stadtstaat. Bei einer Bürgerschaftswahl brauchen wir nur ein paar Genossen anzugeben – und die sind sowieso bekannt."

Deshalb werden wir nicht wie bei der Bundestagswahl 1972 Wahlboykott machen, sondern uns an den Wahlen beteiligen. **Doch werden wir dabei keinerlei Abstriche von der revolutionären Linie unserer Partei machen.**

In seiner Rede zum 5. Jahrestag der KPD/ML sagte unser Vorsitzender, Genosse Ernst Aust, dazu:

"Im Wahlkampf verkünden wir unsere Programmatik. Da sagen wir, wofür die Partei ist, da verkünden wir die Ziele der Partei. Wir biedern uns nicht bei der Bourgeoisie wie die D'K'P: Wir können nicht sagen, wir wollen da ein Krankenhaus bauen, wir wollen da noch was besser machen usw. Wir sagen den Proleten ganz klar, wir versprechen euch überhaupt nichts, weder neue Krankenhäuser, noch neue Kindergärten, noch 'ne tiefere Elbe. Wenn wir im Parlament sein werden, werden wir sagen, hört mal zu, hier wird schon wieder Bestechung gemacht, dort wird schon wieder untergeschliffen und hier ist eine Forderung, für die setzen wir uns als Kommunisten natürlich ein. Wir werden eben diese Bürgerschaft als Tribüne benutzen, wie Lenin es schon gesagt hat, um die Notwendigkeit der proletarischen Revolution zu propagieren.

Feinde des Sozialismus

"Die neuen Zaren sitzen auf einem Vulkan" - mit diesen Worten faßt die chinesische Zeitung Ren Min Ribao (Volkszeitung) die Lage der neuen Ausbeuterklasse in der Sowjetunion zusammen. In der letzten Zeit sind aber auch die bürgerlichen Zeitungen voll von Meldungen über die "innersowjetische Opposition". Die Menschen in der DBR verfolgen diese Meldungen mit großem Interesse. Sie finden,daß es gut und nicht schlecht ist, wenn in einer faschistischen Diktatur von der Art Hitlers eine Opposition entsteht. Ist das aber eine fortschrittliche Opposition? Nützt sie den sowjetischen Arbeitern und Bauern?

In der Sowjetunion gibt es heute zwei Arten von Opposition. Der Hauptwiderstand kommt von der Arbeiterklasse und den unterdrückten Völkern. Über diesen Widerstand berichtet die bürgerliche Presse mit keinem Wort. Sie berichtet umso mehr über den Widerstand einer Gruppe mehr oder minder prominenter Intelligenz. Die Leute dieser Gruppe gehörten oder gehören noch zu den "Bessergestellten" und nehmen einen bürgerlichen Standpunkt ein. **Ihr Ziel ist es, die sozialimperialistischen Verhältnisse in der UdSSR durch solche westlicher kapitalistischer Prägung zu ersetzen. Diese "Opposition" ist nicht fortschrittlich.** Es ist deshalb kein Wunder, daß die kapitalistische Propaganda gerade sie zu ihrem Hauptthema macht. Da bei spielt neben dem Atomphysiker Sacharow der Nobelpreisträger Solschenizyn die hervorragendste Rolle. Er ist das "Flaggschiff".

Das kommt nicht von ungefähr. Solschenizyn attackiert nicht nur das sozialimperialistische Regime, sondern in erster Linie die frühere sozialistische Sowjetunion unter Lenin und Stalin. Sein Hauptangriffsziel ist der Marxismus-Leninismus.

In seinem neuesten Buch "Archipel GULAG" eröffnet er diesen Angriff mit einer üblen Verleumdung Lenins, des Mannes, der in aller Welt, und insbesondere bei den Sowjetvölkern, aufs tiefste verehrt wird. Während der Grossen Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges war es zur Verteidigung der gerechten Sache der Arbeiter und Bauern notwendig gewesen, Großgrundbesitzer, Fabrikherren, zaristische Offiziere und Polizeibüttel, Spione, Verräter, Spekulanten und anderes Gesindel einzusperren oder, wenn nötig, zu erschießen. Solschenizyn stellt diese Volksfeinde als Unschuldslämmer hin, ihre gerechte Bestrafung durch die junge Sowjetmacht nennt er Terror. Mit geschickten Formulierungen erweckt er den Eindruck, als seien mindestens 70% der sowjetischen Bevölkerung Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Er erklärt Lenin zum 'Hauptschuldigen' nicht nur dieser, sondern aller irgendwann in der Sowjetunion erfolgten 'Greueltaten', wie er die Unterdrückung der alten Unterdrücker nennt. Er verliert kein Wort über den blutigen Terror des Zarenregimes, der Konterrevolution und Reaktion und der ausländischen Interventionstruppen.

Diese Methode der Verdrehung geschichtlicher Tatsachen entwickelt er zur 'Meisterschaft' bei der Schilderung der Stalinzeit. In der Atmosphäre der ständigen militärischen Bedrohung des damals einzigen sozialistischen Staates der Welt durch ausländische Imperialisten war es unumgänglich gewesen, alle versteckten Feinde auszuschalten, z.B. die 'Industriepartei', die mit ausländischen Geheimdiensten konspirierte, die Gruppe Sinowjew-Kamenjew, die Sabotage insbesondere im Kohlebergbau organisierte, die Bucharin-Leute und die Trotzkisten, die sich mit in- und ausländischen Reaktionären, einschließlich Hitler, gegen die Sowjetmacht verschworen. Für Solschenizyn sind sie völlig unschuldige "Opfer der Willkür Stalins", genauso wie die reichen Bauern (Kulaken), die Anarchisten, die sowjetfeindlichen Offiziere um Tuchatschewski und sonstigen Volksfeinde.

Einmal so weit, fällt es ihm nicht schwer, auch die Hitlerfaschisten zu loben, die gleichen Gangster, die die Sowjetunion überfielen, Dörfer und Städte niederbrannten und den Tod von rund 20 Millionen Sowjetmenschen verursachten. Ungerührt behauptet er z.B., die KPD sei von Hitler zwar verfolgt, aber nicht ausgerottet worden, man habe ihre Mitglieder laufen lassen. Die Gestapo die übelste Organisation des Faschismus, habe trotz allem stets versucht, die "Wahrheit zu finden". Kein Wort gerade über die Hinmordung der Kader der KPD, kein Wort über die Ermordung Ernst Thälmanns im KZ Buchenwald.

Das ist kein Wunder. Schließlich war Solschenizyn, im Krieg Hauptmann der Roten Armee, der Spionage zugunsten der Hitlerfaschisten überführt worden! Im Sozialismus hatten solche Leute nicht die Möglichkeit, ihr reaktionäres Gift zu verspritzen. Erst die revisionistisch entartete KPdSU spülte sie nach oben und stellte sie an die Spitze des Kampfes gegen den Marxismus-Leninismus. Solschenizyn wurde von Chruschtschow persönlich als 'bedeutender' Schriftsteller aufgebaut.

Sein reaktionärer Angriff gegen den Marxismus-Leninismus und die sozialistische Sowjetunion unter Lenin und Stalin richtet sich indirekt auch gegen die Mao Tsetung-Ideen, die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus in unseren Tagen. Gerade deshalb ist er das Schoßkind der kapitalistischen und imperialistischen Propaganda.

Wie aber verhält sich die Neue Bourgeoisie der Sowjetunion gegenüber solchen Angriffen, da sie ja ihr Schandregime mit dem Marxismus-Leninismus zu bemänteln versucht? Zumindest die prominenten 'Oppositionellen' genießen eine gewisse Freiheit. So durfte Sacharow ungehindert mit BILD telefonieren, dem übelsten Hetzblatt der Reaktion, und auch Solschenizyn blieb bisher ungeschoren.

Anders verhält sie sich gegenüber der wirklichen Opposition. Wenn sich Arbeitergruppen oder nationale Mindernheiten durch Langsamstreik, Arbeitsverweigerung oder offene Rebellion widersetzen, greifen Polizei und Spitzeldienst unerbittlich durch. Trotz blutiger Unterdrückung, es wird geschossen und gemordet wie zur Zarenzeit, brechen immer wieder Arbeiteraufstände und Protestaktionen aus, besonders in den nichtrussischen Gebieten. Noch wagt es die Neue Bourgeoisie nicht, alle Stalindenkmäler in der UdSSR zu entfernen. Revolutionäre Organisationen verbreiten Flugblätter gegen die antichinesischen Verbrechen der Neuen Zaren im Kreml.

Der Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion lebt. Unter dem Banner des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen werden das Proletariat und die unterdrückten Völker der Sowjetunion siegen. Sie werden nicht nur die sozialimperialistischen Ausbeuter zum Teufel jagen, sondern auch alle Reaktionäre vom Schlage Solschenizyns.

Nieder mit den neuen Kreml-Zaren!

Nieder mit allen Feinden des Marxismus-Leninismus!

ES LEBE DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS!

England: Imperialisten in die Zange genommen

Der am 13. November 1973 von Regierung und Parlament verkündete 'Notstand' in England wurde ein zweites Mal um vier Wochen verlängert. Die 'Energiesparmaßnahmen', Stromsperren und Dreitage-Woche, bleiben in Kraft. Für die Stahlwerke ist sogar die Zweitage-Woche geplant.



Streikende Bergarbeiter in Wales

Zu gleicher Zeit, da die Regierung diese Maßnahmen aufrecht erhält und die berechtigten Forderungen der Bergleute und Lokführer nach einem ausreichenden Minimallohn ablehnt, veranstaltet sie Bürgerkriegsmanöver. Sie ließ Hunderte von Polizisten die Flugplätze umstellen, um angeblichen Raketenanschlägen auf Flugzeuge zu begegnen. **Doch die Raketenanschläge sind nur ein Vorwand. Der Polizeiaufmarsch richtet sich gegen die Bevölkerung.**

Dazu haben die britischen Imperialisten allen Grund. Zum einen müssen sie sich der immer erfolgreicheren Angriffen der IRA erwehren: die IRA verübte in den letzten Wochen ungezählte Sprengstoffanschläge auf hohe Offiziere und Beamte in London selbst, im Herzen des Feindeslands. Dieser Kampf des irischen Volkes verschärft die Widersprüche in England. Um Mittel für die imperialistische Unterdrückung Nordirlands zu gewinnen, verweigerten die britischen Imperialisten die Forderungen der Bergleute und anderer Teile der englischen Arbeiterklasse. Sie haben auch schon den Sold der Soldaten gekürzt, auch der in Deutschland stationierten, die immer wieder zu Einsätzen nach Nordirland kommandiert werden. Zum anderen treffen sie auf den entschlossenen Kampf der englischen Arbeiterklasse gegen Lohnraub und Teuerung, mit denen sie auch ihre imperialistsiche Unterdrückung Nordirlands finanzieren. **Vergeblich versuchten sie, einen Keil zwischen die Bergleute und Lokführer einerseits und die übrige Arbeiterklasse andererseits zu treiben. Die englischen Arbeiter und Angestellten ließen sich nicht verhetzen.**

Die britischen Imperialisten kämpfen verzweifelt an zwei Fronten, von der IRA und dem irischen Volk von außen, von der englischen Arbeiterklasse von innen in die Zange genommen.

Fortsetzung

... Frankfurt

Diesmal war die Bereitschaftspolizei aus ganz Hessen zusammengezogen worden. Insgesamt 8 bis 9 Hundertschaften. Diesmal waren die Bullen auch gleich an Ort und Stelle. Es kam zu einer kurzen Demonstration, und zu einer Kurzkundgebung mitten auf der Zeil. Dann schlug die Knüppelgarde zu. Mit brutaler Gewalt trieb sie die Demonstranten auseinander, versuchte Teile einzukesseln. Während die Bullen ihren Ring einzogen, wurden ihre Ketten plötzlich von hinten angegriffen. Neue Demonstranten tauchten in ihrem Rücken auf, formierten sich und bildeten Sprechchöre, Rückte die Poizeilkette vor, rückten die Demonstranten ebenfalls vor. Einen Zweifrontenkampf zu führen, war für die umständliche Maschinerie der Polizei nicht gut möglich: es war regelrecht lustig zu sehen, wie mühsam sich die Wasserwerfer von einer Front zur anderen drehten. Wenn sie dann auf die Demonstranten zielten, waren diese schon in sicherer Entfernung. Die Wasserwerfer richteten sich dann gegen die Passanten, die deswegen sehr auf die Polizei schimpften.

WIE FISCHE IM WASSER

Die Demonstranten vermischten sich mit der Bevölkerung. Deshalb forderte die Polizei die Passanten dauernd über Lautsprecher auf, das Einkaufszentrum zu räumen. – "Wer trotzdem bleibt, tut das auf eigene Verantwortung! Es läßt sich nicht verhindern, daß bei Ausübung der Polizeipflicht auch Unschuldige getroffen werden.' Diese Aufforderung ging meistens in einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert unter.

Wie verwirrt die Polizeiaktion war, erzählten Genossen, die den Polizeifunk mitgehört hatten. "Wir wissen nicht mehr, was wir tun sollen. – Überall bilden sich neue Gruppen. – Wir brauchen dringend Verstärkung" usw. An einer Stelle wurde sogar eine Barrikade errichtet und die Polizeifahrzeuge konnten nicht mehr durch. Um wieder Ordnung in die Polizeitruppen zu bringen, wurde die Order ausgegeben, immer drauf – 'Wenn nötig, erschlagen."

MIT NAZIMETHODEN GEGEN DEMONSTRANTEN UND PASSANTEN

Nicht nur dieser Befehl erinnerte an die Hitlerzeit, der gesamte Polizeieinsatz war faschistisch. Die Wasserwerfer spritzten beigemischtes Tränengas — sogar die bürgerlichen Zeitungen schreiben über die schädlichen Wirkungen. Mehr noch: zum ersten Mal wurden in Frankfurt auch Gaspistolen eingesetzt. Das Gas wurde über den Demonstranten versprüht — wenn man vor Tränen blind war, ging die Knüppelei los.

Eine Demonstrantin stürzte fassungslos vor Wut auf die Bullen los und brüllte, sie sollten aufhören. Daraufhin wurde sie von sechs Bullen mit ihren Schildern in die Mitte genommen und grausam niedergeknüppelt. Einer hielt ihr blitzschnell eine Gassprühdose vors Gesicht und spritzte.

Ein fünfjähriger Junge schrie wütend: Bulle-Mörder! Sogar vor dem Kind machten die faschistischen Polizisten nicht halt. Es wurde niedergeknüppelt.

Ein Rentner, Altkommunist, stand abseits und schüttelte nur den Kopf. Dafür schlugen ihm die Knüppel in den Rücken.

Die Demonstranten wurden in Geschäftseingänge getrieben und brutal zusammengeschlagen. Die Bullen versuchten die aktiven Kämpfer einzufangen, teilweise kam es dazu. Darunter wurden auch drei Perser verhaftet. Auf der anderen Seite konnten aber mehrere Demonstranten befreit werden.

DEM TERROR DER KAPITALISTENKLASSE DIE REVOLUTIONÄRE GEWALT ENTGEGENSETZEN!

Man überlege sich: 800 bis 900 stark bewaffnete Polizisten plus Wasserwerfer und Tränengas gegen 2.000 bis 3.000 vollkommen unbewaffnete Demonstranten. Und trotzdem ist es den Schlägertrupps nicht gelungen, die Demonstration aufzulösen. Im Gegenteil! Vor der Schlacht im Steinweg bildete sich noch einmal eine ca. 800 Mann starke Demonstration durch den Steinweg. Ein Trupp Polizisten verweigerte sogar den Einsatz aus Angst vor den Demonstranten. Einzelne Bullen wurden vollkommen kampfunfähig gemacht. Was kann denn auch letzten Endes eine Söldnertruppe ausrichten gegen Kämpfer, die von ihrer Sache überzeugt sind! Unser Recht auf Demonstration war beschnitten worden, die Bourgeoisie wollte verhindern, daß wir uns solidarisch erklären mit der CISNU. Da ist es beschlossene Sache von allen fortschrittlichen Menschen und Kommunisten, für ihr Recht zu kämpfen. Wer das Mittel der revolutionären Gewalt dabei ablehnt, nützt damit der Bourgeoisie, verrät die Revolution. Das gilt zum Beispiel für den 'K'BW, der bei der Schlacht am Steinweg Genossen daran hindern wollte, mit Steinen gegen die Schlägerhorden der Polizei vorzugehen.

Bei einer anschließenden Versammlung in der Universität sprachen Vertreter der CISNU und der FRAP. Sie erklärten, daß die fortschrittlichen deutschen und ausländischen Organisationen gemeinsam gegen Faschismus und Imperialismus kämpfen und sich gegenseitig unterstützen. Zum Schluß wurden für die Rote Hilfe Spenden gesammelt in einem erbeuteten Polizeischild.

DIE REVOLUTIONÄRE POLITIK DER PARTEI IN DIE KÄMPFE TRAGEN!

Unsere Genossen haben sich erfolgreich geschlagen. Überall standen wir an vorderster Front. Es gelang uns, in verschiedenen Trupps die Führung zu übernehmen. Wir brachten die Demonstranten zusammen, wenn sie zersplittert waren, stimmten Parolen an, schlugen vor, wie und wann wir vorgehen oder uns zurückziehen mußten.

Eine Schwäche lag darin, daß wir die Politik der Partei nicht genügend in die Kämpfe der Massen getragen haben. Gerade in den Auseinandersetzungen mit der faschistischen Polizei kommt aber der Charakter des Staates klar zum Ausdruck, wird die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution, die Führung durch eine Organisation, durch unsere Partei, klar. Wir haben noch wenig Erfahrungen mit militanten Auseinandersetzungen, wo man militärisch planen und gleichzeitig die Kämpfe durch eine kommunistische Agitation und Propaganda auf ein höheres Niveau heben muß. Diese Fehler werden wir korrigieren, damit wir unsere Aufgabe als Vorhut des Proletariats noch besser erfüllen können.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage zum Thema 'Medizin im Sozialismus' bei.

Beachte die neue Anschrift



Verlag und Redaktion: G. Schubert 46 Dortmund–Hörde, Postfach 526 Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund–Hörde. Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Von der 'Sozialpartnerschaft' zur 'Volksgemeinschaft'



Die laufenden Tarifbewegungen stehen unter dem Vorzeichen der Krise des westdeutschen Imperialismus und des Versuches der Kapitalisten, die Folgen der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Weil die Krise es den Kapitalisten unmöglich macht, ihren Profit durch einfache Ausweitung der Produktion zu steigern, müssen sie verstärkt versuchen, sich höchstmögliche Profite durch die Verschärfung der Ausbeutung der Werktätigen zu sichern. In diesen Tarifrunden kommt es ihnen darum besonders darauf an, die Reallöhne weiter zu senken.

Die widersprüchlichen Aussagen über das Ausmaß der Krise, vor allem auch die völlig verschiedenen Prophezeiungen über die weitere Entwicklung der Arbeitslosigkeit, lassen sich daraus erklären, daß die Bourgeoisie einerseits die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems vor den Massen vertuschen will, andererseits aber mit der Androhung von Massenarbeitslosigkeit versucht, die Arbeiterklasse einzuschüchtern, sie vom Kampf für mehr Lohn abzuhalten.

Der Warnstreik von über 2 000 Kollegen Frankfurter Postämter gegen das provokatorische 7,5%-Angebot zeigt: die Kapitalisten stoßen auf Widerstand. Aber sie vertrauen auch nicht auf einen leichten Waffengang, sondern sie bereiten sich auf die kommenden unvermeidlichen Kämpfe vor.

Um ihr Lohndiktat gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen, setzen die Kapitalisten den imperialistischen Staat und den DGB-Apparat immer offener und unverhüllter als Unterdrückungsinstrumente gegen die Arbeiterklasse ein. Die Rolle des Bonner Staates wird natürlich in der ÖTV-Tarifbewegung besonders deutlich, weil hier der imperialistische Staat als 'Unternehmer' den Kollegen direkt gegenübertritt. Kaum äußerte Schleyer, Präsident der Bundesvereinigung der 'Arbeitgeber'-Verbände, die Hoffnung, ein "stabilitätsgerechter Abschluß zwischen Bund, Länder, Kommunen und der ÖTV könne eine Signalwirkung für die kommenden Tarifgespräche ausüben", erklärte Innenminister Genscher prompt, er sei im Bezug auf die ÖTV-Tarifbewegung zum Kampf entschlossen.

Dieses immer unverhülltere und direktere Auftreten des imperialistischen Staates als Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse kommt nicht aus heiterem Himmel. Es wurde schon bei den Knüppeleinsätzen der Polizei gegen streikende Arbeiter im Sommer letzten Jahres deutlich. Vor allem aber in der von den Kapitalisten inszenierten Notstandsübung 'Energieversorgung' versuchten die Kapitalisten, die werktätige Bevölkerung daran zu gewöhnen, daß sie durch den Einsatz staatlicher Macht gezwungen werden, für die Interessen der 'Allgemeinheit' (sprich der Kapitalisten) Verzicht zu leisten.

Die Idylle der "autonom verhandelnden Tarifpartner" verschwindet mit der Verschärfung der Widersprüche des imperialistischen Systems immer mehr in der Mottenkiste. An ihre Stelle tritt immer stärker die Volksgemeinschaftsideologie, wie wir sie in ihrer schärfsten Ausprägung vom Faschismus her kennen. **Die Sozialpartnerschaftsideologie geht immer noch davon aus, daß zwischen "Arbeitgebern und Arbeitnehmern" Interessengegensätze bestehen, die allerdings keine unversöhnlichen Klassengegensätze darstellen, sondern in "vernünftigen Gesprächen partnerschaftlich gelöst werden können."**

Die Volksgemeinschaftsideologie geht weiter: mit ihr soll der Arbeiterklasse JEDE Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen als selbstsüchtiges Verbrechen gegen das 'Volksinteresse' verboten werden: "Wenn die Arbeiter mehr Lohn fordern, stürzen sie das ganze Volk in eine schwere Krise. Der Kampf der Arbeiterklasse für mehr Lohn schafft Arbeitslosigkeit und Elend." **Von dieser Hetze – wie sie zur Zeit von der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse betrieben wird – ist es kein weiter Schritt mehr bis zum Aufmarsch von Armee und Polizei, um den "verbrecherischen Kampf der Arbeiterklasse gegen das Volksinteresse im Blut zu ersticken.**

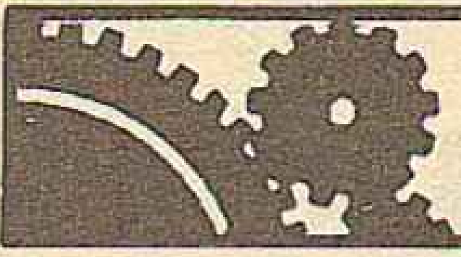
Welche Rolle spielt der DGB-Apparat?

Welche Rolle spielt in dieser Entwicklung der DGB-Apparat? Wenn die Kapitalisten und ihr Bonner Staat tönen, die Forderungen seien zu hoch und würden deshalb zu weiterer Arbeitslosigkeit führen, widersprechen ihnen die DGB-Führer scheinbar energisch, indem sie behaupten, Lohnerhöhungen in dieser Höhe würden keineswegs zu höherer Arbeitslosigkeit führen, weil die wirtschaftliche Lage gar nicht so schlecht sei.

In Wirklichkeit ist es so, daß die DGB-Führung auf diese Weise der Bourgeoisie bewußt den Weg ebnet. Sie stimmen den Kapitalisten zu, wenn diese behaupten, Krise und Arbeitslosigkeit seien Folgen des Kampfes der Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse müsse "vernünftig sein und Lohnverzicht leisten, um die "Arbeitsplätze zu sichern".

Das aber ist die entscheidende Frage: wer die Arbeiterklasse zur Rettung des kapitalistischen Systems auffordert, verrät die Interessen der Arbeiterklasse.

Fortsetzung auf Seite 4



Arbeiterkorrespondenz

Schickt Arbeiterkorrespondenzen an:
Redaktion Roter Morgen 46 Dortmund-Hörde Postfach 514
Die Redaktion ist telephonisch zu erreichen über die Nummer: 0231 / 41 13 50.

Bis vor kurzem habe ich im Büro eines kleinen Betriebes gearbeitet. Dieser Betrieb war die Niederlassung einer Firma des Quandt-Konzernes. Meine Tätigkeit war interessant und abwechselungsreich, was z.B. ein Arbeiter am Fließband von seiner Arbeit nicht sagen kann. Ich war beinahe 2 1/2 Jahre dort beschäftigt.

Grund meines Wechsels war eine "innerbetriebliche Umstellung". Ein amerikanisches Institut für Unternehmensberatung hatte herausgefunden, daß ich arbeitsmäßig nicht voll ausgelastet wäre und somit überflüssig. Ein älterer Kollege im Lager, der wegen eines Rückenleidens öfter krank war, zog die Konsequenz, wegen des vermehrten Arbeitsanfalles zu kündigen. Nach beinahe 7 1/2 Jahren! Auch der Kollege, der mit mir im Büro zusammengearbeitet hatte, kündigte nach beinahe 11 Jahren Betriebszugehörigkeit wegen des nun vermehrten Arbeitsanfalles.

Ich möchte hiermit ausdrücken, daß die "priveligierten" Angestellten auch unter den Rationalisierungsmaßnahmen zu leiden haben. Im Verwaltungsbereich werden vermehrt Buchungscomputer, Textverarbeitungsmaschinen usw. eingeführt, damit die Arbeitskräfte eingespart werden können.

Zur Zeit haben die Angestellten gegenüber dem Arbeiter, der Tag für Tag am Fließband steht, noch gewisse Vorteile. Doch wenn der Kapitalist noch Arbeitskräfte einsparen kann, tut er dies. Wir müssen sehen, daß die Lager der Arbeiter und Angestellten gar nicht so verschieden sind, wie man uns weismachen will. Wir Angestellten sind genauso gezwungen wie die Arbeiter, unsere Arbeitskraft täglich zu verkaufen. Wenn wir zusammenhalten, gemeinsam für unsere Interessen kämpfen, versetzen wir den Kapitalisten einen Schlag, denn die Spaltung unter den Werktätigen in Hand- und Kopfarbeit, unter den Arbeitern und Angestellten ist doch beabsichtigt und nützt nur den Kapitalisten!...

Kämpfen wir gemeinsam, weil wir einer Klasse angehören, in und mit unserer Partei!

Rot Front Eine Sympathisantin aus Kiel

Belegschaftsversammlung bei Mannesmann-Huckingen

Ein Schlag gegen die modernen Revisionisten der D'K'P!

Ende Oktober war es auf der Mannesmann-Hütte in Duisburg-Huckingen zu einem machtvollen spontanen Streik für die Weiterzahlung der 70 DM Sonderzahlung gekommen, die vier Monate lang als Ersatz für die hinausgeschobene Erhhöung der stahltypischen Zuschläge bezahlt worden war.

Nach zwei Kampftagen, in denen sich die Streikfront ständig erweiterte, gelang es den D'K'P-Führern und 'linken' Sozialdemokraten der Knapp-Clique, den Streik abzuwürgen und zwar eben in dem Moment, als der Werksvorstand die Entlassung von über 100 Kollegen ankündigte.
Schließlich wurden 22 Kollegen entlassen. Fast alle Kollegen waren sich darüber im Klaren, daß der Entlassungsterror mit dem Streik auf der ganzen Hütte beantwortet werden mußte.

Zwei Tage nach der Verkündung der Entlassungen fand eine außerordentliche Belegschaftsversammlung statt. Nach dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Kollegen hätte hier der Streik beschlossen werden müssen. Aber mit Hilfe einer unerhörten Demagogie und verschiedenen hinterhältigen Ablenkungsmanövern gelang es der Clique um das Betriebsratsmitglied Drager (D'K'P) und dem Betriebs ratsvorsitzenden Knapp (SPD), den Streik zu verhindern.

Das war im November. Anfang des Jahres fanden nun die regulären Belegschaftsversammlungen für die verschiedenen Schichten auf der Hütte statt.
Weder die Betriebsräte in ihrem offiziellen Bericht noch die Sprecher der D'K'P-Betriebsgruppe bei der Diskussion gingen auch nur mit einem Wort auf die Entlassungen ein. Das, obwohl kurz nach den Belegschaftsversammlungen ein Arbeitsgerichtsprozeßtermin angesetzt war.
Es war offensichtlich: die Entlassungen sollten totgeschwiegen werden. Die großen Worte, denen keine Taten gefolgt waren, sollten in der Versenkung verschwinden. Aber die Knapp-Clique und die Revisionisten hatten sich verrechnet.

Auf der Versammlung der Schicht 4 meldete sich ein revolutionärer Arbeiter zu Wort. Es war derselbe Arbeiter, der als einziger bei der außerordentlichen Belegschaftsversammlung offen zum Streik aufgerufen hatte. Er ging zunächst auf die Stahltarifrunde ein. Schon das Ergebnis zeigt, daß die "harten Verhandlungen" zwischen den 'Tarifpartnern' nichts als Theater sind, daß die Gewerkschaftsführung ein Komplize und Handlanger der Kapitalisten ist.

Er wies die Mitbestimmung, die von den D'K'P-Revisionisten angepriesen wird, als Betrug zurück und stellte klar, daß sich die Arbeiter nur durch unversöhnlichen Klassenkampf gegen Lohnraub und Rationalisierung zur Wehr setzen können.

Schon hier versuchte Knapp den Kollegen am Weiterreden zu hindern. Der ließ sich jedoch nicht einschüchtern. Er ging jetzt darauf ein, warum es gegen den Entlassungsterror der Werksdirektion nicht zur einzig richtigen Antwort, zum Streik auf der ganzen Hütte, gekommen war. Die Liquidatoren, eine opportunistische Gruppe in Duisburg, behauptete in ihrer Betriebszeitung "Die Lanze", die Arbeiter seien schuld. Wegen ihres "niedrigen politischen Bewußtseins" seien sie gar nicht bereit gewesen zu streiken. **Gegen diese arrogante Lüge stellte der Kollege klar, daß die Schuld einzig und allein bei der D'K'P- und Knapp-Clique liegt, die planmäßig und bewußt abwiegelt und so den Streik behindert hat.**

Nun zeigte sich, welche Angst die Revisionisten bekommen, wenn sie mit offenem Visier angegriffen werden und wenn vor den Arbeitern ihre Machenschaften unzweideutig beim Namen genannt werden.

Knapp sprang auf, hinderte den Kollegen mit Gewalt am Weiterreden und erklärte die Versammlung für beendet, nachdem er noch einige üble Lügen über den revolutionären Arbeiter vom Stapel gelassen hatte

Dieser Vorfall, der am nächsten Tag Gesprächsthema Nr. 1 auf der Hütte war, zeigte vielen Kollegen klarer, die wahre Rolle von Knapp, Draeger und ihrer Clique. Viele Arbeiter erklärten sich mit dem Kollegen solidarisch und drückten ihre Anerkennung für sein konsequentes Auftreten aus.

Diese Kollegen werden sich mit der Zeit auch immer enger um den 'Röhrenkieker', die Betriebszeitung der KPD/ML, zusammenschließen. Denn die KPD/ML ist die einzige Organisation, die auf der Hütte solchen Arbeiterverrätern wie den Führern der D'K'P-Gruppe und den mit ihnen eng verbündeten 'linken' SPD-Leuten um Knapp schonungslos die Maske vom Gesicht reißt.

Revisionistisches

NIEDRIGERE LÖHNE IN POLEN

"Ostverträge helfen Arbeitsplätze sichern!" - das ist eine der Hauptparolen der D"K"P, um den Arbeitern weiszumachen, die Bonner Regierung habe sich aus Sorge um die Arbeiter um engere Beziehungen mit den Sozialimperialisten bemüht.

Wie die Wirklichkeit aussieht, zeigte sich Ende November in Kiel: ein Kieler Textilbetrieb, der zur Firma Erich Schäfer in Westberlin gehört, machte dicht. Vor kurzem hatte die Firma die Produktion in Polen aufgenommen. Die Begründung für die Stillegung hieß: "Herstellungskosten sind in Polen auf Grund niedrigerer Löhne wesentlich billiger". (Kieler Express vom 23.11.1973)

D"K"P MALT KEINE REVOLUTIONÄREN PAROLEN!

Der Oberbürgermeister von Recklinghausen, Wolfram, sah sich genötigt, in einem offenen Brief in der Lokalpresse dagegen zu protestieren, daß immer wieder revolutionäre Parolen in Recklinghausen gemalt werden. Neben der KPD/ML wurde auch die D"K"P als Urheber

Postwendend kam die Antwort der D"K"P-Revisionisten an den Oberbürgermeister: "Seit der Gründung der D"K"P vor fünf Jahren wurde im gesamten Kreis Recklinghausen nicht eine einzige politische Losung an Wände, Brücken usw. geschmiert.." Und in einem Flugblatt der Betriebsgruppe der D"K"P bei der Zeche Blumenthal in Recklinghausen: "Wir distanzieren uns von ihren Schmierereien an den Wänden, das war bisher gängige Praxis der Nazis in unserem Land".

Das ist eine Lüge, die nur bei verschreckten Kleinbürgerseelen verfangen kann, denen schon bei Parolen an den Wänden der Schreck vor der kommenden Revolution in die Glieder fährt. Wer früher solche Parolen gemalt hat, wie sie heute in Recklinghausen und überall in Westdeutschland und Westberlin zu finden sind, waren die Genossen der KPD, des KJVD bzw. der FDJ usw. Heute noch kann man sie lesen: Rotfront marschiert, Hitler verrecke, Wählt KPD usw.

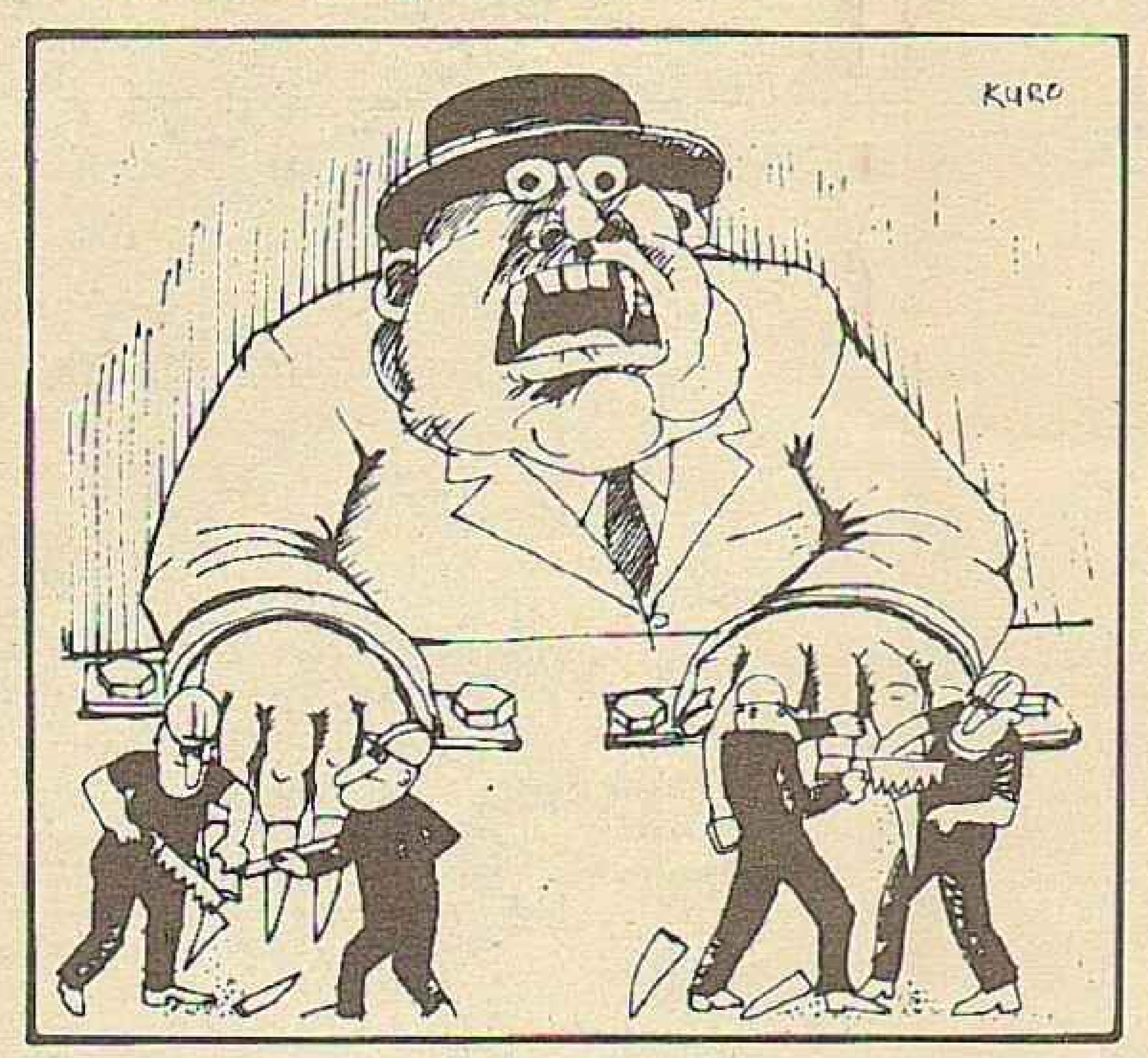
Aber die D"K"P-Führer verteufeln heute nicht nur die Praxis der revolutionären KPD, sondern vor allem ihre Ziele. Wie die KPD Ernst Thälmanns tritt die KPD/ML für den bewaffneten Sturz des imperialistischen Staates, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein. Für die D"K"P ist das keine "gehbare Alternative". "Stattdessen rufen sie", (die KPD/ML - die Red.) heißt es in dem Flugblatt, "genau wie einige Gruppen um die NPD auf, der Arbeiter solle sich bewaffnen". Soweit sind die D"K"P -Revisionisten also gekommen, daß sie nicht mehr unterscheiden, ob sich Waffen gegen die Arbeiter oder gegen die Ausbeuter und ihre Handlanger richten!

ANTIFASCHISTEN ALS VERBRECHER BESCHIMPFT!

Die D"K"P schreckt in ihrer Hetze gegen die KPD/ML auch vor der plumpesten Lüge nicht zurück. So verbreiten D"K"P-Mitglieder in Gelsenkirchen; in Dortmund seien wieder zwei Verbrecher der KPD/ML freigesprochen worden. Das sei ein neuer Beweis für die Zusammenarbeit der KPD/ML mit der -Genscher - Polizei.

Mit den beiden 'Verbrechern der KPD/ML" sind die Genossen G. Herzog und W. Bartels gemeint. Sie haben vor einem Jahr zusammen mit Genossen der KPD/ML und anderen Antifaschisten mutig gegen eine Gruppe von Faschisten gekämpft. Schon damals konnte man von der D"K"P über den brutalen Einsatz der Polizei hören: die Polizei tut nur ihre Pflicht. Für die Teilnahme an dieser antifaschistischen Aktion und für ihr mutiges Eintreten für die Revolution vor Gericht wurden diese Genossen jetzt zu 1.000 DM Geldstrafe und 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Wer mit der Polizei gut auskommt, zeigte sich allerdings auch schon bei dem Kampf gegen die Faschisten. Während zum Beispiel die Genossin Herzog brutal zusammengeschlagen wurde, ließ sich ein Mitglied der "S"DAJ, der Jugendorganisation der D"K"P unter Polizeischutz zu seinem Auto geleiten.

Der DGB führt im Moment eine Kampagne "Rote Zange" durch. Die D'K'P und die 'S'DAJ unterstützen dieses Abwiegelungsmanöver. In der Zeitung 'Rotstift' der SEW/Wedding in Westberlin erschien dazu folgende Karikatur:



Maniküre der Bosse

Die Betriebszelle Telefunken/Schwedenstraße aus Westbelrin schreibt dazu:

Diese Karikatur im 'Rotstift', Zeitung der SEW/Wedding, spricht Bände. So so, es genügt also, wenn wir den Kapitalisten ihre Vampirkrallen absägen. Damit sind sie gezähmt und wir können friedlich miteinander auskommen. Das heißt, man zwingt die Kapitalisten einfach, die Gesetze einzuhalten, oder man 'verbessert' ein Gesetz. Das wird die Kapitalisten zwar ein bißchen schmerzen, aber im Grunde genommen gar nicht so übel denn die unzufriedenen Arbeiter haben dabei etwas zu tun und sie kommen nicht auf irgendwelche anderen 'dummen' Gedanken.

Entsprechend sieht die Arbeit der SEW-Betriebsgruppe in unserem Betrieb aus. Empörung über Verletzungen der Gesetze durch die Konzernleitung auf BV und MVs, in der Gewerkschaftjugendgruppe. Der Kampf wird für die Einhaltung der Gesetze (BVG, JASCHG, Berufsausbildungsgesetz) geführt. Forderungen werden aufgestellt, nach dem was durchsetzbar ist bei der örtlichen Tarifkommission oder Ortsverwaltung, nicht nach dem was die Kollegen brauchen. Die Kollegen werden 'aktiviert' für Verträge und Gesetze verbessern, für "betriebsinterne Bildungsarbeit." Das ist eine Politik, die der Arbeiterklasse schadet und nicht nützt. Denn sie lenkt die Kollegen vom Klassenkampf ab, erzieht die Kollegen nicht zur Revolution, sondern lenkt auf legalistische Bahnen, verbreitet Illusionen über einen Staat, der angeblich Gesetze macht gegen die Kapitalisten und will uns weismachen, daß sich die Kapitalisten friedlich zurückdrängen lassen. – Wir aber werden dafür sorgen, daß ihnen das nicht gelingt! Kampf der SEW/D'K'P! Vorwärts mit der KPD/ML!

Gastrecht für Wucherer

Wir wissen, daß die Ausländergesetze der westdeutschen Imperialisten faschistisch sind; wir wissen ferner, daß fortschrittliche ausländische Kollegen von der Polizei brutal verfolgt werden, daß Kapitalisten, Staat und Presse in den letzten Wochen eine wilde Ausländerhetze entfaltet haben, daß Tausende ausländischer Kollegen von Ausweisung bedroht sind. Aber niemand kann behaupten, die Bourgeoisie gehe grundsätzlich und unterschiedslos so unmenschlich gegen die Ausländer vor, das wäre ein Vorurteil! Es gibt "rühmliche Ausnahmen". Den Kanadier Isaac Rosen zum Beispiel, dessen Ausweisungsverfügung jetzt aufgehoben wurde.

Rosen besitzt in Frankfurt mehrere Häuser. Als mit Mietwucher beim besten Willen nicht mehr genug herauszuquetschen war - seit 3 Jahren läuft ein Verfahren wegen Mietwuchers gegen ihn - beschloß er, die Häuser abzureißen und Büro- und Geschäftsgebäude zu bauen. Die Mieter setzte er auf die Straße. Wer nicht sofort auszog, dem schickte Rosen Rollkommandos in die Wohnung, die das Mobilar zertrümmerten, die Räume demolierten. Monatelang standen die Häuser leer. Rosen ließ sie absichtlich verkommen, um die Abbruchgenehmigung zu ergaunern. Jugendlichen, die ein Haus besetzten, hetzte er die Polizei auf den Hals. Das Ergebnis ist bekannt: Eine riesige Straßenschlacht im vergangenen Jahr, wo mehrere Demonstranten schwer verletzt wurden, Rosen ließ seine Häuser weiter verkommen, mauerte Fenster und Türen zu.

Ein Unglück kommt selten allein! Nicht nur, daß Rosen jetzt bei der Frankfurter Bevölkerung verhaßt war! Gnadenlos wandte die Polizei das Ausländergesetz gegen ihn an. Er erhielt eine Ausweisungsverfügung, weil er "sich der hier geltenden Rechtsordnung nicht anpasse".

Hier allerdings hatte das Gericht geirrt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt hob die Anweisung auf mit der Begründung: "Rosen hat erheblichen Grundbesitz und das Zentrum seiner wirtschaftlichen Existenz" in der DBR, es sei nicht auszumachen, daß er gegen Strafgesetze verstoßen habe, im übrigen lebe er seit 15 Jahren in der DBR. Der Häusermakler Rosen, der seine Mieter ausgepreßt hat bis aufs Blut, der sie mit Gewalt aus ihren Wohnungen vertrieb, der ganze Häuser zerstörte, kann weiter in der DBR bleiben. Dieses Urteil ist sicher ein Hoffnungsschimmer für alle Ausländer, die einmal gegen Gesetze verstoßen haben oder schon lange Jahre in Westdeutschland leben. Vorausgesetzt, sie haben "erheblichen Grundbesitz"....

Fortsetzung von Seite 3

...Sozialpartnerschaft

Tausendfach haben die Kapitalisten bewiesen, daß sie keine Rücksicht gegen die Arbeiterklasse kennen, sondern in ihrem Streben nach Maximalprofit jedes Zurückweichen der Arbeiterklasse im Klassenkampf sofort zu verstärkten Angriffen auf die Lebensinteressen der Werktätigen ausnutzen.

Die DGB-Führer sind ihrerseits voll auf 'Volksgemeinschaftskurs': konzertierte Aktion, Mitbestimmung, Vetters Forderung nach einem 'Krisenstab', der von Kapital, Regierung, 'objektiven' Wissenschaftlern und DGB-Führung gebildet werden soll – diesen wesentlichen Punkten der DGB-Politik, die Liste ließe sich fortsetzen, ist gemeinsam, daß sie die Schaffung oder Stärkung von Gremien fordern oder als notwendig bezeichnen, in denen Kapital, Regierung und DGB-Führung zusammenarbeiten, um das 'Volksinteresse' gegen die 'egoistischen' Klasseninteressen der Werktätigen zu verteidigen.

Die 'Volksgemeinschaftspolitik', die in Wirklichkeit die Gemeinschaft der Kapitalisten, des imperialistischen Staatsapparates und des DGB-Apparates gegen die Arbeiterklasse ist, äußert sich in der immer stärker werdenden Verschmelzung des DGB-Apparates mit dem imperialistischen Staatsapparat. Nicht nur, daß DGB-Führer Ministerämter bekleiden, der DGB-Apparat ist immer mehr direkt an der Durchsetzung der vom kapitalistischen Staat beschlossenen Gesetze und anderen Maßnahmen beteiligt: Notstandsgesetze, Betriebsverfassungsgesetze, Verordnung zum Einstellungsstop für ausländische Kollegen, 'Stabilitätspakt' usw.

Vor allen Dingen aber hat der DGB-Apparat die Aufgabe, die Arbeiterklasse daran zu hindern, für ihre Klasseninteressen zu kämpfen. Fast noch stärker als vom imperialistischen Staat und von den Imperialisten selbst geht vom DGB-Apparat die Hetze gegen Kampfaktionen der Arbeiterklasse aus. Indem er diese als "wilde, illegale Streiks" bezeichnet, gleichzeitig aber selbst natürlich keine Streiks zur Durchsetzung der Arbeiterinteressen organisiert, es sei denn, der Druck der Arbeiter zwingt ihn dazu, versucht er gemeinsam mit dem imperialistischen Staat im Auftrag der Bourgeoisie, das Streikrecht der Arbeiterklasse zu liquidieren.

In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß die Ausschlüsse kämpferischer Kollegen aus den DGB-Gewerkschaften, die Mißachtung der Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder durch die Führung usw. keine "undemokratischen Fehler" des DGB sind, sondern folgerichtige Schritte des imperialistischen DGB-Apparates als Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse.

Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf!

Die Verschärfung der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten, wie er sich in den gegenwärtigen Tarifrunden deutlich abzeichnet, ist aber kein Ausdruck wachsender Stärke der Bourgeoisie, sondern der Versuch, dem Aufschwung der Klassenkämpfe, der wachsenden Kampfkraft der westdeutschen Arbeiterklasse Herr zu werden.
Nicht umsonst, heißt es zum Beispiel bei BMW in München in einem Rundschreiben an die Meister, alle Ansammlungen von Arbeitern seien besonders zu beachten, da jetzt Streikklima herrsche.

Die gewachsene Kampfkraft der Arbeiterklasse zeigt sich nicht nur darin, daß die Arbeiterklasse im vergangenen Jahr großartige Streikkämpfe geführt hat, sondern vor allem darin, daß sie in diesen Kämpfen bewiesen hat, daß der Kampf ohne und gegen den DGB-Apparat und gegen den imperialistischen Staat, der gezwungen war, seine Polizeitruppen gegen die Streikenden einzusetzen, geführt werden muß.

Die Erfahrungen dieser Kämpfe haben in der Arbeiterklasse weiter den Boden für den von unserer Partei im Kampf gegen Lohnraub, Entlassungen und Kurzarbeit, Teuerung und politische Unterdrückung propagierten Zusammenschluß im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger bereitet.

Immer mehr Kollegen erkennen die Rolle des DGB-Apparats, durchschauen die Lüge vom "neutralen Staat". Immer weniger Kollegen knüpfen ihre Hoffnungen an den vom Klassenfeind inszenierten Tarifbetrug.
Die entscheidende Frage, die sich in den laufenden Tarifrunden für die Arbeiterbewegung stellt, ist nicht, ob ein halbes Prozent mehr oder 5 Pfennig weniger gefordert werden.

Entscheidend ist, daß das in den Kämpfen des letzten Jahres gewonnene Vertrauen in die eigene Kraft, jetzt stabilisiert wird, indem Fortschritte im Zusammenschluß der Kollegen zur revolutionären Gewerkschaftsopposition erzielt werden. Entscheidend ist, daß Klarheit gewonnen wird, daß auch in den geringsten Tageskämpfen kein Vertrauen auf die Kapitalisten, den Staat oder den reaktionären DGB-Apparat zum Ziel führt, sondern daß auch im Kampf für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen usw. nur Erfolge im unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf erstritten werden.

Nieder mit der D'K'P!

Diese Klarheit kann nur im Kampf gegen die Elemente erreicht werden, deren Beruf es ist, Verwirrung und Spaltung in die Arbeiterklasse zu tragen. Die dem Bonner Staat Neutralität bescheinigen und seine Gerichte anplärren, wo die Masse der Kollegen erkennt oder zu erkennen beginnt, daß dieser Staat ein Instrument der Kapitalistenklasse ist. Die das Vertrauen in den DGB-Apparat beschwören, wo immer Kollegen erkennen, daß ein klarer Trennungsstrich zur DGB-Führung gezogen werden muß, daß diese Herren im Lager des Klassenfeindes stehen. Die in dem Augenblick, wo der Kampf der Arbeiterklasse immer stärker auf revolutionäre Grundlage gestellt wird, gegen jede revolutionäre Regung eine wilde Hetze entfalten. Die gegen die marxistisch-leninistischen Kollegen unserer Partei hetzen, wo jeden Tag klarer wird, daß nur die revolutionäre Politik der KPD/ML den Weg zum Sozialismus zeigt. Je mehr die Klassenwidersprüche sich verschärfen, desto wertvoller werden die modernen Revisionisten von der D'K'P für die Kapitalisten und desto notwendiger wird der Kampf gegen diese Agenten der Kapitalisten in der Arbeiterklasse.

Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung!

Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen das Kapital und seine Handlanger!

Brecht den Tariffrieden!

Vorwärts zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Vorwärts mit der KPD/ML!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Es lebe der Freiheitskampf am arabischen Golf

Einer der Brennpunkte des Befreiungskampfes der arabischen Völker ist der Kampf in den Gebieten des arabischen Golfes. Mit brüderlicher Hilfe der VR China und DRV Jemen, unter Führung der PFLOAC (Volksfront für die Befreiung der besetzten Gebiete am Arabischen Golf) haben hier die Volksmassen den britischen und amerikanischen Imperialisten schwere Niederlagen bereitet. Ganz Dhofar ist befreit, ebenso weitere Teile des Sultanats Oman, in Bahrain hat der bewaffnete Kampf begonnen.

Während die britischen Imperialisten nach dem 2. Weltkrieg aus den Ländern des Nahen Osten und dem Iran von den US-Imperialisten verdrängt wurden, gelang es ihnen, ihre Herrschaft in Oman zu sichern. Mehr als zwei Jahrhunderte hatten sie dieses Land blutig unterjocht, seine Erdölvorkommen ausgeplündert und die Völker in bittere Armut gestürzt. Es gab Sklaverei und Hungersnöte, hohe Kindersterblichkeit und Analphabetentum, keine medizinische Versorgung. Selbst das Trinkwasser gehörte den Großgrundbesitzern.

Seit 1955 stehen die Völker Omans im bewaffneten Kampf gegen die britischen Unterdrücker und ihre einheimischen Lakaien. War diese Bewegung am Anfang noch schwach und zersplittert, sodaß die britischen Imperialisten sie immer wieder zurückschlagen konnten, so wuchs sie in den letzten 8 Jahren zum Volkskrieg an. Aus zersplitterten kämpfenden Gruppen entstand eine breite Volksfront, die sich 1968 auf revolutionärer Grundlage organisierte:

"1. Der Marxismus-Leninismus ist die ideologische Grundlage des revolutionären Kampfes. 2. Grundprinzip deim Aufbau der Organisation ist der Demokratische Zentralismus. 3. Organisierte revolutionäre Gewalt ist der einzige Weg zur Überwindung des Imperialismus und der Reaktion.4. Die revolutionären Massenorganisationen am ganzen Golf vereinigen ! 5. Entsenden politischen Kommissare in alle Einheiten der Volksbefreiungsarmee. 6. Zentrales Schulungsprogramm. 7. Verbot der Sklaverei. 8. Gleichberechtigung von Mann und Frau. 9. Organisieren der Landwirtschaft. (Beschlüsse auf der Konferenz von Humris 1968).

Nach dem Vorbild der US-Verbrecher in Vietnam belegen die britischen Imperialisten das Land Mit Bombenteppichen. Sie holten die amerikanischen Imperialisten und das reaktionäre Schahregime zu Hilfe, die Waffen und Söldner liefern. Erst vor wenigen Tagen fielen 30 000 iranische Soldaten in Oman ein. Sie morden, foltern - aber sie können nicht siegen. 1971



Volksmilizen in Dhofar

war Dhofar, der südliche Teil Omans, fast völlig befreit. Der 3. Kongreß der Volksfront konnte beschließen: "Den gesamten Boden in den befreiten Gebieten in Eigentum des Volkes zu verwandeln...., in allen befreiten Gebieten Volksräte zu bilden.' Im übrigen Oman machte der Kampf ebenfalls Fortschritte: 1971 kam es zu gewaltigen Streiks unter den Forderungen : 8-Stunden-Tag, höhere Löhne, Sozial- und Krankenversicherung, gleicher Lohn für einheimische und ausländische Arbeiter." Die Anlagen der Shell - Company wurden in die Luft gejagt, sodaß die britischen Blutsauger keinen Tropfen Öl mehr plündern können.

GEWEHR UND PFLUG

Mit dem Gewehr in der einen hand das Land befreien und verteidigen, mit dem Pflug in der anderen Hand das Land aufbauen! Beim Aufbau der befreiten Gebiete hat die PFLOAC nicht geringere Erfolge zu verzeichnen.

Die Bestellung des Landes, das die Großgrundbesitzer verkommen ließen und die Imperialisten mit Bombenangriffen verwüsteten, wird in Angriff genommen. Soldaten der Volsbefreiungsarmee ziehen Bewässerungsgräben, lehren die armen Bauern modernere Ackerbaumethoden.

Vor der Befreiung gab es in Dhofar einen einzigen Arzt. Die PFLOAC organisiert heute die medizinische Versorgung der Bevölkerung durch Ärzte und Sanitäter. Vor der Befreiung gab es keine Schulen für Arbeiter- und Bauernkinder. Heute strömen aus allen befreiten Gebieten die Kinder in die Lenin-Schule zusammen. Hier lernen sie Lesen, Schreiben und Kämpfen. Für die militärische Verteidigung ihrer Schule sind sie selbst verantwortlich.

Vor der Befreiung wurden Frauen schlechter gehalten als Sklaven. Heute kämpfen Frauen und Männer gleichberechtigt in der Befreiungsarmee. **Die Befreiung von Dhofar und anderen Gebieten in Oman ist ein erster Schritt auf dem Weg zur nationaldemokratischen Revolution in den Staaten am persischen Golf. Die PFLOAC hat die Richtung auch für den weiteren Kampf gewiesen: "Unnachgiebiger und langdauernder Volkskrieg ist der einzige Weg, um das gesamte Gebiet am Golf von allen Formen des Kolonialismus und Neokolonialismus zu befreien und um die vom Imperialismus abhängigen Marionettenregime und herrschenden Klassen zu liquidieren."**

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tairna für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.

Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterabnd entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.

RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7 — 42,8
21.00 - 22.00	und 26,2 Meter

Ein Jahr Pariser Vietnam-Abkommen.

Durch den über lange Jahre siegreich geführten Volkskrieg zwang das vietnamesische Volk die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten, mit der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams und der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam das Waffenstillstandsabkommen von Paris zu schließen. Darin verpflichteten sich US-Imperialisten und Thieu-Clique, den Krieg einzustellen, die US-Truppen aus Vietnam abzuziehen und im Einvernehmen mit der Provisorischen Revolutionsregierung und der DRV-Regierung die Durchführung freier Wahlen vorzubereiten. Das war vor genau einem Jahr. Was ist aus diesem Abkommen geworden?

Während sich die Streitkräfte der Provisorischen Revolutionsregierung und der Regierung der DRV strikt an das Abkommen hielten, begannen die Thieu-Banditen nach einer Atempause, die ihnen das Abkommen verschaffte, ihre vertragsbrüchigen Angriffe auf die Gebiete der Provisorischen Revolutionsregierung. Sie hofften, die Kampfbereitschaft des Volkes habe durch den Waffenstillstand nachgelassen und sie könnten Teile des für sie besonders wichtigen Mekong-Gebietes und des Hochlandes an der kambodschanischen Grenze zurückerobern. **Diese Angriffe endeten in vernichtenden Niederlagen. Es half den Imperialisten-Knechten nicht, daß sie immer größere Einheiten in den Kampf warfen und zu massiven Bombenangriffen Zuflucht nahmen.**

Jetzt, ein Jahr nach Abschluß des Pariser Abkommens, das die US-Imperialisten nur in einem Punkt erfüllten, indem sie die aktiven US-Truppen aus Vietnam abzogen - es befinden sich noch immer 24.000 "Militärberater" in Südvietnam - bereiten sie seinen endgültigen Bruch und die Wiederaufnahme des Krieges vor. Das drückt sich deutlich in den folgenden vier Maßnahmen aus: **1. Auf Geheiß der US-Imperialisten hat die Thieu-Clique über die Gebiete der Provisorischen Revolutionsregierung eine Wirtschaftsblockade verhängt, obwohl die Bevölkerung in den von ihr beherrschten Gebieten dadurch am meisten geschädigt wird; 2. Die US-Imperialisten liefern Thieu 60 bis 100 Flugzeuge vom Typ F-5-E Tiger II, der speziell für den Krieg in Vietnam entwickelt, bislang aber kaum eingesetzt wurde; 3. Die US-Imperialisten unterstützen ihre Marionetten im Haushaltsjahr 1973/74 mit 816 Mio Dollar; 4. Der US-imperialistische Kriegsminister Schlesinger hat eine Wiederaufnahme der Bombardierung der DRV angedroht. Dieses Vorgehen zeigt einmal mehr, was von Verträgen mit Imperialisten und ihren Lakaien zu halten ist.**

Die Provisorische Revolutionsregierung und die Regierung der DRV haben die US-Imperialisten mehrmals aufgefordert, ihre vertragsbrüchigen Aktionen einzustellen und die Thieu-Clique zur Einhaltung des Abkommens zu veranlassen. Statt dessen haben die US-Imperialisten der Thieu-Clique grünes Licht für systematische Bombenangriffe auf die Gebiete der Provisorischen Revolutionsregierung gegeben. Damit haben sie die Gefahr eines neuen Krieges in Vietnam entgegen allen ihren Versicherungen aufs äußerste verschärft. **Die Provisorische Revolutionsregierung und die Regierung der DRV haben erklärt, daß das vietnamesische Volk den bewaffneten Kampf gegen diese Provokationen aufnehmen wird.**

Welches Schicksal die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten dann erwartet, zeigen die erfolgreichen Kämpfe der Streitkräfte der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha, die mit einem immer enger werdenden Ring Phnom Penh umschließen und vor dem Sturm auf diese letzte Bastion der US-Imperialisten und ihrer Lon Nol-Clique in Kambodscha stehen.

Wenn die US-Imperialisten und die Thieu-Clique einen neuen Krieg in Vietnam vom Zaune brechen, wird die Meldung bald lauten: Nationale Regierungsfront vor dem Sturm auf Saigon.

Aus aller Welt

SPANIEN: Gegen das Todesurteil, das ein Militärgericht in Barcelona gegen Salvador Puig Antich wegen Widerstand gegen das Franco-Regime verhängte, demonstrierten trotz Polizeieinsatz 600 Menschen. Auf Flugblättern, die sie verteilten, nannten sie dieses Urteil einen "legalen Mordversuch". **Sie setzten sich mit Molotow-Cocktails zur Wehr.**

Bei einem Sprengstoffanschlag in der Innenstadt von San Sebastian flog ein Auto in die Luft. Die fieberhafte Suche der Polizei nach den Tätern dieses Anschlages und weiterer Zwischenfälle in anderen baskischen Städten blieb ohne Ergebnis.

BIRMA: Der Befreiungskampf der indochinesischen Völker hat jetzt auch auf Birma übergegriffen. **Im Grenzgebiet zur VR China haben Befreiungskräfte 30 Soldaten des reaktionären Ne Vin-Regimes getötet und 141 verwundet.** Dieses Regime erfreut sich der besonderen Förderung durch die sowjetischen Sozialimperialisten.

Zum 50. Todestag des grossen Lenin

Wir werden Lenins Vermächtnis erfüllen!

LENIN war ein Feind der Zaren, der Gutsbesitzer und Kapitalisten, ein Feind der Unterdrücker.

LENIN war der nächste Freund der Arbeiter und Arbeiterinnen, der Bauern und Bäuerinnen, er war der Freund aller Werktätigen.

LENIN war der Freund der unterdrückten Völker, er rief sie zum Kampf auf.

LENIN führte während seines ganzen Lebens Millionen von Arbeitern und Bauern zum Kampf gegen die Knechtschaft, zum Kampf für die Freiheit, für Grund und Boden, für ein besseres Schicksal.

LENIN arbeitete während seines ganzen Lebens am Aufbau und Ausbau einer kommunistischen Partei, die allen Arbeitern und Bauern den Weg des Kampfes weisen und ihnen in diesem Kampf voranmarschieren sollte.

LENIN eröffnete den Kampf gegen den räuberischen Weltkrieg, den Könige, Kaiser und Kapitalisten angestiftet hatten. Er rief die Werktätigen aller kriegführenden Länder auf, einen Bruderbund zu schließen. Er rief sie auf, sich gegen die Anstifter dieses Krieges zu erheben.

LENIN half den aufständischen Arbeitern und Bauern seines eigenen Landes, die Macht zu ergreifen, den Frieden durchzusetzen, sich des Grund und Bodens sowie der Fabriken und Werke zu bemächtigen. Er half der Republik der Arbeiter und Bauern, sich gegen ihre Feinde zu verteidigen.

LENIN rief die Werktätigen aller Länder auf, sich zusammenzuscharen und sich im internationalen Kampfbund der Arbeiter – der III. Internationale – zu organisieren.

LENIN rief die Arbeiter und Bauern, die die Macht errungen hatten, dazu auf, gemeinsam ein schönes Leben zu errichten, in dem alle satt, gesund und gebildet sind - den Sozialismus.

(aus: N. K. Krupskaja: Lenin, 1924)



Lenin spricht zu Arbeiter- und Soldatenräten.

Der rote Oktober in Russland gab den Arbeitern und den kämpfenden Völkern in aller Welt neuen Mut. In fast allen kapitalistischen Ländern, in vielen anderen Ländern der Welt kam es zu Aufständen und Revolutionen. Ernst Thälmann, der große Führer der deutschen Arbeiterbewegung sagte: "Vor allem aber beginnt mit dem 7. November 1917 eine neue Epoche für den Klassenkampf des Proletariats in den fortgeschrittensten Industrieländern. Die internationale Arbeiterklasse beginnt immer mehr zu begreifen, daß in dieser Epoche nicht mehr Teilreformen, nicht mehr geringfügige Veränderungen innerhalb des Kapitalismus das Ziel des Klassenkampfes sind, sondern die Eroberung der politischen Macht, die Errichtung der Sowjetrepublik. Die Ziele des proletarischen Klassenkampfes, sein Charakter, seine Methoden und seine Aussichten sind seit dem 7. November aufs tiefste verändert. Das ist die größte Bedeutung des Oktoberumsturzes.

Zur siegreichen Führung dieses Kampfes aber, zur Errichtung und zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats, braucht die Arbeiterklasse eine ebensolche Partei wie die russischen Arbeiter. Der Imperialismus kann nur besiegt werden, wenn der Opportunismus geschlagen wird - diese Lehre zogen immer mehr Marxisten. Im Feuer der Revolution wurde so die KPD gegründet, und viele andere kommunistische Parteien.

In der Gründung der III. Internationale, einer kommunistischen Internationale, schuf sich das internationale Proletariat eine starke und prinzipienfeste Führung für den Kampf um seine Befreiung.

Vor 50 Jahren, am 24. Januar 1924 starb Wladimir Iljitsch Lenin. Die Imperialisten aller Länder und die Feinde des Marxismus und des Leninismus triumphierten. Mit dem Tode Lenins glaubten sie die Stunde des Unterganges der ersten Arbeiter- und Bauernmacht, des Zusammenbruches der III. Internationale, des Endes der proletarischen Revolution und der Befreiungskämpfe der Völker gekommen. Während die einen offen frohlockten, begannen die anderen schon in ihren Trauerreden, Lenin so zu interpretieren und zu "verbessern", daß aus der scharfen Waffe des Leninismus ein sanftes Ruhekissen für alle Opportunisten wurde.

Aber die Imperialisten wie die Opportunisten scheiterten kläglich. Lenin war kein Held von der Sorte, wie ihn sich die bürgerlichen Geschichtsschreiber vorstellen. Lenin war ein Held, aus den Kämpfen des Volkes geboren. Der Leninismus ist keine Lehre von der Sorte, wie sie an den Schreibtischen bürgerlicher Wissenschaftler ausgedacht wird - heute noch im Kurs und morgen vergessen -. Der Leninismus ist notwendiges Ergebnis der Verschärfung der Widersprüche im Imperialismus, er ist in den Kämpfen der Proletarier und ihrer Parteien zur materiellen Gewalt geworden.

"Der Leninismus ist der Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Genauer: der Leninismus ist die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution im allgemeinen, die Theorie und Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen."

Stalin, Grundlagen des Leninismus

Lenin kämpfte in einer Epoche, als sich die Widersprüche, die Marx für seine Zeit analysiert hatte, ungeheuer verschärft hatten. In den kapitalistischen Ländern stehen die Arbeiter einer neuen Stufe der Ausbeutung und Unterdrükkung gegenüber. Diese imperialistischen Mächte in ihrem Hunger nach neuen Rohstoffquellen sind gezwungen, mit imperialistischen Kriegen die bereits aufgeteilte Welt neu zu verteilen. In den Kolonien wächst der Widerstand gegen die imperialistischen Mächte.

Lenin bewies, daß die Kapitalisten nur scheinbar stärker geworden sind, wenn sie jetzt riesige Monopole in der Hand haben. In Wirklichkeit steht der Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus vor seinem Untergang. Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution. Galt es zu Zeiten von Marx hauptsächlich, die Revolution vorzubereiten, so stellte sie sich jetzt als praktische Aufgabe. Die Marxisten mußten eine Antwort auf die neuen Fragen finden, wie sie sich insbesondere bei der Revolution in Russland 1905 stellten.

Die Opportunisten wichen zurück. Sie fürchteten, im Feuer der Barrikade könnten auch ihre weichen Parlamentsessel Schaden nehmen. Ihre Antwort auf die Niederlage der Arbeiter in Russland hieß: die Arbeiter hätten nicht zu den Waffen greifen sollen. Und sie schämten sich nicht, dafür Marx ins Feld zu führen. Marx, der alles getan hatte, um die Pariser Kommunarden zu unterstützen, der sie hauptsächlich in einem kritisiert hatte: daß sie die Waffen zu zögernd gegen die alten Ausbeuter gerichtet hatten

Lenin dagegen wußte, daß diese Niederlage nur vorübergehend war und tat alles, um die zweite Revolution in Russland zu einem Sieg über die Ausbeuterklasse werden zu lassen. Dazu war vor allem eins notwendig: die Schaffung einer Partei neuen Typs. Nicht im Wortgeplänkel mit der Bourgeoisie durfte sich diese Partei verlieren, sie mußte ein Kampfstab der Klasse sein, ein Instrument der Erringung der Diktatur des Proletariats. Diese Partei, die kommunistische Partei wie Lenin sie im Unterschied zu den alten sozialdemokratischen Parteien nannte, konnte nur im harten Kampf gegen die Opportunisten aller Schattierungen geschaffen werden.

Der erste Weltkrieg bewies, wie tief die Krise des imperialistischen Systems war. Und er zeigte, daß Lenin recht gehabt hatte: das Volk und besonders das Proletariat beugte sich dem grenzenlosen Elend nicht. Überall flammte der Widerstand auf.

Jetzt, als die Festen aller Welt wankten, brachen die Opportunisten endgültig mit dem Marxismus. Statt die Losung zum endgültigen Sturz des morschen Gemäuers zu geben, liefen sie mit fliegenden Fahnen zur Bourgeoisie über, um sich an ihrer Seite dem proletarischen Sturmlauf entgegenzustellen.

Ganz anders Lenin. Er sah, daß es für die Marxisten nur einen Weg geben konnte: Dem imperialistischen Krieg den Krieg zu erklären, ihn in einen revolutionären Krieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln und dem Imperialismus den Todesstoß zu versetzen.

Die Oktoberrevolution in Russland war der glänzendste Beweis, daß Lenin recht hatte. Zum ersten Mal in der Geschichte war es dem Proletariat gelungen, im Bündnis mit den werktätigen Bauern, den Staat der Ausbeuter zu zerschlagen und ihre eigene Macht zu errichten. Ein Sechstel der Erde war frei.

"Lenin hinterließ den Arbeitern und Bauern das Vermächtnis Unermüdlich vorwärts zu marschieren zu einem lichten Leben, zum Sozialismus, zum Kommunismus! Wir werden Lenins Vermächtnis erfüllen!"

Nadeshda Krupskaja

Der Marxismus-Leninismus ist keine tote Wissenschaft, sondern eine Anleitung zum Handeln. Wer die neuen Fragen, die der Befreiungskampf des Proletariats und der unterdrückten Völker stellt, nicht sieht, ist kein Marxist. Marx selbst entwickelte seine Lehre auf Grund der Erkenntnisse, die er aus den Kämpfen zog, ständig weiter. So änderte er zum Beispiel das schon fertige Kommunistische Manifest um, als durch den Kampf der Pariser Kommunarden die Frage der Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung eines proletarischen Staates gestellt wurde. Lenin war deshalb der größte Marxist seiner Zeit, weil er ausgehend von den Erkenntnissen von Marx und Engels die Antworten für die neuen Fragen der Revolution gab. Die Geschichte hat bewiesen, daß diejenigen, die sich einer Weiterentwicklung des Marxismus entgegenstellen, mit dem Argument, sie seien besonders treue Hüter der Marx'schen Lehre, das allein deshalb tun, weil sie Angst vor den neuen Aufschwüngen der Revolution haben. Und deshalb ist die Weigerung, auf die neuen Fragen der Revolution zu antworten, auch stets einher gegangen mit der Verfälschung des Marxismus.

Das hat sich in der jüngsten Zeit erneut bewiesen. Genau wie die Opportunisten zu Zeiten Lenins begannen auch die modernen Revisionisten ihren Angriff auf den Marxismus-Leninismus mit Angriffen auf die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus durch den Genossen Stalin und den Genossen Mao Tsetung. In Wirklichkeit ging es und geht es auch hier darum, den Kern des Marxismus-Leninismus, die bewaffnete Revolution und die Diktatur des Proletariats anzugreifen, das weitere Voranschreiten der Revolution aufzuhalten. Und genauso wie zu Lenins Zeiten die Opportunisten offen ins Lager der Konterrevolution übergingen, ist es auch heute. Die größten Feinde der Mao Tsetung-Ideen, die Chruschtschew, Breshnew und Kossygin, sind selber Imperialisten geworden, die die erste Arbeiter- und Bauernmacht in ein faschistisches Völkergefängnis verwandelt haben und gemeinsam mit den US-Imperialisten die Völker der Welt bedrohen.

Immer mehr Revolutionäre und fortschrittliche Menschen sehen an diesem Beispiel und am Beispiel der revisionistischen Parteien, daß die Mao Tsetung-Ideen der Marxismus-Leninismus unserer Epoche sind. Auf der Grundlage der Mao Tsetung-Ideen schlossen sich deshalb auch die revolutionären Kräfte in der entarteten KPD zusammen und gründeten 1968/69 die KPD/ML. Deshalb heißt es in der Gründungserklärung unserer Partei, der KPD/Marxisten-Leninisten:

"Die Lehre Mao Tsetungs stellt daher den Marxismus-Leninismus in der Epoche des endgültigen Unterganges des Imperialismus dar. Sie ist die stärkste Waffe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker in der ganzen Welt in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus. Sie versetzt die Völker der ganzen Welt in die Lage, ihren Kampf zu entwickeln, auszuweiten und siegreich zu führen".

22. Februar 1974 in Dortmund: Prozeß gegen Oßwald/Schulte

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!

"Die KPD beschränkt sich nicht auf ein wissenschaftlich-programmatisches Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus. Durch intensive Agitation und Propaganda... bringt sie die marxistisch-leninistische Lehre im politischen Kampf in der Bundesrepublik zur Geltung... Die Verteidigung der KPD, wonach die eigentlichen materiellen Ziele des Marxismus-Leninismus während der Geltung des Grundgesetzes für sie nicht auf der Tagesordnung stehen, kann sie nicht rechtfertigen... Hinzukommen müßte vielmehr ein Verhalten der Partei und ihrer Anhänger, das jenem parteipolitischen Programm jede unmittelbare und gegenwärtige Wirkung für den politischen Tageskampf nähme. Von einer solchen Haltung ist die KPD allerdings weit entfernt... Eine wirkliche Ausschaltung der materiellen Fernziele des Marxismus-Leninismus aus dem politischen Kampf liegt daher nicht vor." (Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegen die KPD vom 17.8.1956).

"Programmatisch machte die KPD/ML-Roter Morgen in der Presse der Bundesrepublik zunächst durch Verlautbarungen von sich reden, in denen der ebenfalls im Winter 1968 gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) "Revisionismus" vorgeworfen und zum Kampf gleichermaßen gegen "den räuberischen US-Imperialismus als Hauptfeind aller Völker" wie auch gegen das Sowjetsystem als "revisionistischer Verräterclique" aufgerufen wurde. Sowohl die KPD/ML-Roter Morgen als auch alle später von ihr ausgehenden maoistischen Gruppen haben im wesentlichen diese außenpolitische Linie beibehalten. Folgerichtig wird auch das politisch-gesellschaftliche System in der DDR scharf verurteilt." (Aus der Anklageschrift gegen Oßwald/Schulte).

Norbert Oßwald und Michael Schulte sind angeklagt wegen "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik". Als "Beweise" zitiert der Staatsanwalt die "Rote Fahne" und Betriebszeitungen, für die beide früher verantwortlich zeichneten. Daß dieser Prozeß formal gegen die ehemalige Gruppe Rote Fahne Bochum gerichtet ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß er ein direkter Angriff ist, gegen die Partei der Arbeiterklasse, die KPD/ML. Auf dem Umweg über die rechtsopportunistischen Spalter der GRFB, die 1970 aus der Partei hinausgesäubert wurden, will die Bourgeoisie die Partei als "kriminelle Vereinigung" abstempeln. Klar und deutlich entwickelt die Anklageschrift die revolutionäre Linie der KPD/ML und unterstellt dann: "Wahrscheinlich decken sich die Ziele der KPD/ML-Rote Fahne und die Ausführungen im Statut der KPD/ML-Roter Morgen".

Selten hat die Bourgeoisie so offen dargelegt, warum sie in unserer Partei ihren schärfsten und konsequentesten Feind erkannt hat: Weil sich die KPD/ML auf den Marxismus-Leninismus stützt, weil sie die Fahne der bewaffneten Revolution hochhält, die Diktatur des Proletariats propagiert und die Arbeiterklasse im unermüdlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus zur sozialistischen Revolution erzieht. Im Grunde ist die Anklageschrift in diesem Prozeß eine verkürzte Zusammenfassung des KPD-Verbotes.

Betriebszeitungen der ehemaligen GRFB gesammelt hat, um den "kriminellen Charakter" dieser Organisation zu "beweisen", artlautern gerade diese Kernsätze des wissenschaftlichen Sozialismus: Notwendigkeit des bewaffneten Sturzes der bürgerlichen Diktatur und Errichtung der Diktatur der Arbeiterklasse. Sicher war es keine leichte Arbeit, solche Sätze gerade in den Schriften der GRFB aufzuspüren. Denn wie jede rechtsopportunistische Organisation redete auch die GRFB lieber von "demokratischen Reformen" als von der bewaffneten Revolution. Umso mehr zeigt dieser Umstand, worum es dem Klassenfeind in diesem Prozeß eigentlich geht!

Daß der Klassenfeind die Kommunistische Partei und den Kommunismus bekämpft, zeigt das KPD-Verbot auch an anderen Stellen: So heißt es ausdrücklich: "Eine Partei ist nicht schon dann verfassungsfeindlich, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht anerkennt". Gefährlich und deshalb verboten wurde die KPD deshalb, weil sie die Massen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus organisierte und führte, weil sie sich als konsequente Vorkämpferin erwies; wenn der Marxismus-Leninismus "von einer politischen Partei in ihren Willen aufgenommen und zu Bestimmungsgründen ihres politischen Handelns gemacht wird" und wenn "eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommt".

Auch für diese Punkte aus dem Verbotsurteil nennt die Anklageschrift gegen Oßwald/Schulte Beispiele aus der Geschichte unserer Partei. Immer wieder betont sie ausdrücklich, daß sich die KPD/ML auf die "Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung" stützt, daß sie bei der Ausländerdemonstration in Dortmund, bei der Kampagne um die Wiedereinstellung von Rudi Wischnewski bei Opel/Bochum breite Massen mobilisiert, daß sie sich am Roten Antikriegstag in München als kämpferischer Vortrupp erwies.

KAMPF DEM KPD-VERBOT!

Während die Bourgeoisie den Marxismus-Leninismus vor der Arbeiterklasse als "überholte Wunschträume einiger weltfremder Idealisten" diffamieren möchte, weiß sie in Wahrheit sehr genau, daß die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus auch heute noch gültig sind, daß die Massen, mit dieser Theorie bewaffnet und von einer bolschewistischen Partei geführt, den bürgerlichen Staatsapparat unweigerlich stürzen und die Diktatur der Arbeiterklasse errichten werden. Als die für sie gefährlichste Grundlage des Marxismus-Leninismus nennt die Kapitalistenklasse im KPD-Verbot: "Errichtung dieser sozialistisch - kommunistischen Gesellschaftsordnung (Ziel der Kommunisten) auf dem Weg über die proletarische Revolution (revolutionärer Weg) und die Diktatur des Proletariats (Errichtung der proletarischen Klassenherrschaft.)"

An diesen marxistisch-leninistischen Prinzipien hat unsere Partei seit ihrer Gründung konsequent festgehalten. Auch im Prozeß gegen Oßwald/Schulte geht es um nichts anderes. Die Zitate, die die Bourgeoisie aus Flugblättern und

Tischte die Klassenjustiz bei den Prozessen gegen die Genossen der RAF noch absurde Beschuldigungen von Bankraub und Sprengstoffpaketen auf, so erklärt die Anklageschrift in diesem Prozeß klipp und klar, warum die Kapitalistenklasse die KPD/ML fürchtet und verbieten will: Weil sich unsere Partei niemals von der korrekten Linie des Marxismus-Leninismus abbringen läßt, weil sie die Arbeiterklasse auf der Grundlage dieser Ideologie mobilisiert und organisiert und zur sozialistischen Revolution erzieht.

NIEDER MIT DEM MODERNEN REVISIONISMUS!

Nicht nur, daß der Klassenfeind im KPD-Verbot niederlegte, warum die Bourgeoisie grundsätzlich jede kommunistische Partei verbieten wird. Er ließ sich gleichzeitig ein Hintertürchen offen für die Gründung einer revisionistischen Partei, die die Arbeiterbewegung in seinem Sinne lenken soll. Die Zitate aus dem Urteil beweisen dies zur Genüge! Eine revisionistische Partei, die den wichtigen Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus abschwört, die "keine aggressive Haltung" gegenüber dem bürgerlichen Staat einnimmt, die den Marxismus-Leninismus nicht durch "intensive Agitation und Propaganda im politischen Kampf zur Geltung bringt", die dem Programm der Kommunisten "jede unmittelbare Wirkung im Tageskampf nimmt" - eine solche Partei ist der Bourgeoisie hochwillkommen. In den Bachmann und Co. fand sie 1968 treue Erfüllungsgehilfen dieser Politik. Ausdrücklich betonte der damalige Bundesjustizminister Heinemann, daß eine Zulassung der D"K"P nicht nur nicht **verfassungswidrig, sondern sogar notwendig sei im Hinblick auf die zu erwartende Organisierung "maoistischer" Gruppen.**

So ist es kein Wunder, daß die Anklageschrift als erstes unserer Partei ihren Kampf gegen den Modernen Revisionismus ankreidet. Noch ehe ein einziges Wort fällt über das Programm der KPD/ML für die Revolution in Westdeutschland und Westberlin, stellt sie wutschnaubend fest, daß die KPD/ML zum Kampf gegen die "revisionistische Verräterclique" aufruft. Nichts kann deutlicher zeigen, wie konsequent der Kampf gegen den Modernen Revisionismus die Kapitalistenklasse bis ins Herz trifft.

Das zeigt aber auch die ganze Schwäche der Bourgeoisie! Noch 1956, beim KPD-Verbot konnte sie unverblümt erklären: Der Marxismus-Leninismus ist verfassungswidrig, da er unsere Herrschaft bedroht; jede Partei, die auf dieser Grundlage kämpft, wird verboten. Heute aber, in dieser Anklageschrift vermeidet sie sorgfältig das Wort "Marxismus-Leninismus" überhaupt in den Mund zu nehmen. Da ist die Rede von "Maoisten", von Leuten, die sich "auf Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung stützen". Um ihr Schoßkind, die D"K"P, zu schützen, möchte die Klassenjustiz gar zu gern den Eindruck erwecken, als handle es sich bei der KPD/ML gar nicht um eine kommunistische Partei, sondern um eine Verbrecherbande, die mit dem Marxismus-Leninismus überhaupt nichts zu tun hat.

Daß dieses hinterhältige Manöver nicht gelingt, ist unsere Aufgabe!

Freiheit für Norbert Oßwald und Michael Schulte!
Kampf dem KPD-Verbot!
Hände weg von der KPD/ML!



40% Arbeitsunfähig

Was im Kapitalismus ein Menschenleben wert ist, zeigte uns wieder einmal ein Gespräch mit einem Kollegen, den wir beim Verkauf des ROTEN MORGEN kennenlernten:

Der Kollege ist jetzt 38 Jahre alt. Bereits mit 17 mußte er seinen Beruf als Gärtner aufgeben, weil er Augenbluten bekam und die Gefahr bestand, daß sich die Netzhaut ablöst. Mehrere Jahre konnte er nicht arbeiten, er wurde nur noch 40 % arbeitsfähig geschrieben. Die Arbeit, die er in verschiedenen Betrieben erhielt, war zu schwer, es bestand die Gefahr, daß er vollständig dabei erblindet wäre. So ist er seit 1970 arbeitslos.

Immer wieder versuchte er, Arbeit zu finden. Aber die Kapitalisten sind natürlich nicht an Arbeitern interessiert, die "nur" zu 40 % arbeitsfähig sind. Das gleiche gilt für den Staat. Er wurde von einer Behörde zur anderen gejagt, aber das Resultat war immer das gleiche. Nirgends "konnte man etwas für ihn tun", überall wurde er abgewiesen. In den staatlichen Betrieben wird die Rationalisierung und Arbeitshetze genauso vorangetrieben wie in allen anderen Firmen.

Der Kollege ist jetzt ausschließlich auf das Geld angewiesen, das er als "Unterstützung" bekommt: Sage und schreibe 259 DM im Monat! Doch wer sich denkt, der Staat verschenkt hier Almosen, der hat sich schwer geirrt. Der Kollege erhält diese "Unterstützung" nur dann, wenn er täglich 5 Stunden für das Sozialamt arbeitet. So muß er jeden Tag im Keller des Sozialgebäudes Holz sägen zu einem Stundenlohn von 1,10 DM. So macht der Staat noch seine Profite mit der Krankheit der Arbeiter.

Die Begründung für diese unverschämte Ausbeutung lautet: Sozialhilfeempfänger sollen durch die Zusatzarbeit dazu gezwungen werden, sich wieder eine "anständige" Arbeit zu suchen. Kommentar des Kollegen: "Solche brutalen Pläne können sich nur Leute überlegen, die ihr Handwerk bei den Hitlerfaschisten gelernt haben".

ROT FRONT!
Genossen aus München

Genossen,

ich unterstütze den Aufruf im ROTEN MORGEN zu Geschenkabonnements für politische Gefangene. Zusammen mit meinem RM-Abonnement für 1974 habe ich dafür 33 DM überwiesen. Dieses Geld stammt aus der "Provision", die ich für Beitragskassierung als Vertrauensmann der IG-Metall erhalten habe. So ist das Geld der Kollegen gut angelegt, meine ich.

Schaffen wir Rote Hilfe! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Kampf der verräterischen DGB-Führung! Vorwärts zum Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RGO

Revolutionäre Grüße zum 5. Jahrestag unserer Partei, der KPD/ML!

Rot Front, ein Genosse und Vertrauensmann der IG-Metall.

Anmerkung der Redaktion: Außer diesem Genossen spendeten weitere Geschenkabos: F.P. München; M.W. Essen; U.B. Willingen; H.B. Frankfurt; G.R. Kiel. Wir danken allen Genossen für ihren Beitrag zur Unterstützung der politischen Gefangenen.

Studentenkampf gegen Polizeiuniversität

Am Montag, dem 7.1.74 verhinderten über 1 000 Studenten die Vorlesung des reaktionären CDU-Professors Engels am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Die Vorlesung sollte unter Polizeischutz stattfinden und war wegen der zu erwartenden Proteste gegen den Einsatz der Polizei auf dem Uni-Gelände in das abgelegene Botanische Institut verlegt worden. Die Auseinandersetzung mit diesem reaktionären Professor, der den Studenten ständig die Vorteile und angeblichen Freiheiten des kapitalistischen Systems anpreist, fanden einen vorläufigen Höhpunkt schon vor den Weihnachtsferien; gegen fortschrittliche Studenten, die sich die Rede- und Diskussionsfreiheit nicht verbieten ließen und die reaktionären Lügen des Professors entlarvt, wurden Stafanträge gestellt. Daraufhin wurde die Vorlesung von der Mehrheit der Studenten boykottiert und die Rücknahme der Strafanträge, sowie Rede- und Diskussionsfreiheit in den Vorlesungen gefordert. Die Antwort der reaktionären Unibürokratie: Dann findet eben die Vorlesung unter Polizeischutz statt.

In der Vollversammlung, die die Maßnahmen der Studenten beschließen sollte, gab es harte Auseinandersetzungen mit den revisionistischen und opportunistischen Hochschulgruppen. Sie wollten verhindern, daß der Kampf gegen den staatlichen Terror geführt wurde. Sie jammerten, es dürfe auf keinen Fall zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei kommen! Man solle doch Engels und seine RCDS-Studenten ruhig die Vorlesung abhalten lassen, sie seien ohnehin nicht zu gewinnen. Ein Redner des KSB/ML kritisierte diese Haltung: Arbeiter lassen bei Streiks auch nicht die Streikbrecher durch mit der Begründung: laßt doch die Dummen arbeiten. Der Kampf gegen den reaktionären Professor muß weitergehen, die Polizei muß von der Uni verschwinden!

Die Vollversammlung beschloß mit Mehrheit die Durchführung einer Demonstration zum Botanischen Garten, um die Vorlesung auf jeden Fall zu verhindern. Die Aktion hatte Erfolg. An sie schloß sich eine Aktionswoche gegen die Polizeiuniversität an. So wie diesmal, wird ab jetzt immer gekämpft, wenn die Polizei zur Durchsetzung der politischen Unterdrückung und Disziplinierung auf das Uni-Gelände geholt wird.
(nach einem Bericht des KSB/ML Frankfurt)

Keine Nato-Raketen in Görriswied !

In Görrisried bei Kempten wird seit einiger Zeit der Truppenübungsplatz vergrößert und eine Atomraketenstellung gebaut. Es handelt sich um fahrbare Raketen, die von jedem Punkt des Allgäuer Raumes abgefeuert werden können. Der Platz gehört der NATO, er wird direkt von den US-Imperialisten geleitet, die ihre Besatzertruppen bei uns einquartiert haben.

Die bürgerlichen "Volksvertreter, die bei uns einen Bundestagssessel ergattern wollen, wußten schon lange von diesen Plänen. Die Bevölkerung dagegen erfuhr gar nichts.

Als die Sache bekannt wurde, bildete sich in Kempten ein Komitee, das diesen Bau verhindern will. Mit Flugblättern, die den aggressiven Charakter der NATO und des Warschauer Paktes entlarven, kamen Agitproptrupps in die Dörfer. Im Dezember veranstalteten sie einen Diskussionsabend in Görrisried.

Mehrere Bauern, Werktätige aus dem Dorf und Jugendliche folgten der Einladung. Nachdem sie gehört hatten, daß außer ihnen viele Menschen in der DBR bereit sind, gegen die Vorbereitung neuer Kriege zu kämpfen, legte sich ihre abwartende Haltung. Die allgemeine Empörung machte sich Luft. Die Kollegen und Bauern machten praktische Vorschläge, wie der Bau sabotiert werden könnte. Ein Bauer faßte die Stimmung im Dorf zusammen: "Wir sind alle gegen den Bau, aber wir brauchen jemanden, der die Sache in die Hand nimmt".

Ein Gerichtsbeamter versuchte, die entstehende Solidarität zurückzudrängen. Mit seinen Reden wollte er einen Keil zwischen die älteren Dorfbewohner und die jüngeren Komiteemitglieder treiben. Aber die Dorfbewohner machten kurzen Prozeß: Er solle sein Maul halten, oder er werde aus der Wirtschaft geworfen. Wir vereinbarten, gemeinsam Propaganda auf den Dörfern zu betreiben und die Verbindung zu festigen.

Die Genossen von Partei und ROTER GARDE werden fest im Komitee mitarbeiten, um den Bau der Stellung zu verhindern. Wir werden zugleich gegen die opportunistische Gruppe Rote Fahne kämpfen müssen, die den geschlossenen Kampf sabotiert, die sich weigert, die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution zu propagieren ("Die verstehen das ja doch noch nicht"), die keine feste Organisierung des Komitees will, weil das ihrem eigenen kleinbürgerlichen Individualismus widerspricht Wir sind überzeugt, daß gerade in diesem Kampf die korrekte Linie der KPD/ML siegen wird!

Wer krank ist, schiebt Wache

Nachdem ihr in der letzten Zeit mehrfach über die sogenannte "Gesundheitsfürsorge" in der DBR geschrieben habt, möchte ich ein Beispiel nennen, wie diese "Fürsorge" in der Bundeswehr aussieht:

Seit Anfang des Jahres gibt es in unserer Kaserne den Befehl, daß dem größten Teil der vom Außendienst, Marsch und Sport befreiten Soldaten der Wochenendurlaub gestrichen wird - natürlich aus "Fürsorgegründen". Der eigentliche Grund ist der, die steigende Zahl der Krankmeldungen zu stoppen. Die Folge ist, daß viele Soldaten, die ernsthaft krank sind, die sich verletzt haben usw. die Schmerzen verbeißen müssen oder noch schlimmere Schäden davontragen, nur um das Wochenende zu Hause bei ihren Familien verbringen zu können.

Rot Front!

Ein Soldatengenosse

Zum fünften Jahrestag der KPD/ML

ERNST AUST in Gelsenkirchen

Am 12.1.74 fand in Gelsenkirchen eine Veranstaltung der KPD/ML zum 5. Jahrestag ihrer Gründung, zum 55. Jahrestag der Gründung der KPD statt. Über 200 Freunde und Genossen waren gekommen - vor allem, um den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust anzuhören.

Genosse Ernst Aust betonte: "Unsere Partei ist entstanden aus der Tradition der ersten deutschen kommunistischen Partei unter Karl Liebknecht und unter Ernst Thälmann. Damals 1918/19 nach dem Verrat der Sozialdemokraten, der Revisionisten unter Kautsky und Bernstein war es notwendig geworden, eine Partei neuen Typus, so wie es die Bolschewiki in Russland waren zu gründen". Der Zusammenschluß der Arbeiter unter den roten Fahnen der KPD wurde erleichtert durch den offenen Verrat der Sozialdemokraten während des Krieges, durch den Verrat an der Novemberrevolution.

"Die Gründung unserer Partei und die Gründung der anderen marxistisch-leninistischen Parteien entstand unter anderen Bedingungen. Es war viel schwerer, den Verrat der modernen Revisionisten zu erkennen... Deshalb war der Kampf den wir führten, komplizierter, langwieriger. Und auch heute noch ist es so - das ist ja gerade der Unterschied - daß noch lange nicht alle Arbeiter den Unterschied zwischen den modernen Revisionisten und den echten Kommunisten begriffen haben. Diese Typen haben ja gelernt. Wie treten sie denn auf? Sie sind doch gar nicht so ungeschickt. Sie nennen sich Kommunisten. Im ersten Programm 1967, noch von der KPD, da stand ganz klar drin: nur friedlicher Übergang.

Der ROTE MORGEN hat darauf einen Angriff eröffnet. Und im Programm der D"K"P hieß es dann: den besten Weg zum Sozialismus!.."

Nieder mit der D'K'P !

Eine Woche zuvor hatten die Gelsenkirchener Kollegen den Kampf der Partei gegen den Revisionismus der Mies und Bachmann mit eigenen Augen verfolgen können. Die D"K"P wollte sich am 5.1. anläßlich des 55. Jahrestages der Gründung der KPD als deren legitime Nachfolgerin aufspielen. 1.400 Leute wurden angekarrt. Hinein kam nur, wer eine Einladungskarte vorweisen und auf Befragen den Namen seines Kreisvorsitzenden oder Ähnliches nennen konnte. So groß ist die Angst der modernen Revisionisten vor den revolutionären Arbeitern und vor allem vor der KPD/ML.

Mit recht! Genossen und Sympathisanten der KPD/ML verteilten zu Beginn der Veranstaltung Flugblätter gegen den Verrat der modernen Revisionisten. Mit Schlägern, die wie bei der Polizei in Einsatzwagen warteten, und einer wilden Hetze versuchten sie die Genossen und Veranstaltungsteilnehmer einzuschüchtern. Aber um so lauter erklangen die revolutionären Parolen. Ein Teil der Besucher nahm die Flugblätter, eine große Anzahl von RMs wurden verkauft.

Trotz aller Abriegelungsmaßnahmen bekamen die modernen Revisionisten auch im Saal keine Ruhe. Und auch hier der faschistische Einsatz von Gewalt. "Hauptttendenz ist Revolution!" rief eine Genossin, als Herbert Mies die 'Entspannung' beschwor. Sie wurde von 5 D'K'P-Schlägern aus dem Saal geprügelt. Die D'K'P-Schläger gingen teilweise sogar mit elektrischen Schlagstöcken gegen die Genossen vor.

Draußen ging der Kampf weiter. Eine Reihe von Genossen sammelte sich um revolutionäre Transparente vor dem Hans-Sachs-Haus. Als sie plötzlich zur Seite traten, prangten dort die Parolen: "Nieder mit der D'K'P — Es lebe die KPD/ML!" Genauso plötzlich stand ein Genosse oben auf der Überdachung des Eingangsportals, als die Zuschauer aus dem Saal kamen, und hielt von dort eine kämpferische Rede... **Der Sieg an diesem Abend gehörte der Partei, die in der Tradition Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns kämpft, der KPD/ML...**

Vorwärts mit der KPD/ML !

Begeisterter Beifall auf der Veranstaltung zum 5. Jahrestag war die Antwort als der Vorsitzende dieser Partei, Genosse Ernst Aust, sagte: "Genossen, die Klassenkämpfe verschärfen sich. Ihr seht das. Die revolutionäre Entwicklung geht sprunghaft vor sich. Denkt an den Mai 68 in Frankreich. Keiner hatte damit gerechnet, daß in einem kapitalistischen Land wie Frankreich so schnell eine revolutionäre Situation heranreifen würde. Die Lage in der Welt ist ausgezeichnet, Genossen. Überall ist Unruhe und Aufruhr. Auch Westdeutschland bleibt davon nicht ausgenommen." Der Vorsitzende der KPD/ML erklärte, daß die Partei aus den Niederlagen der Revolution wie zuletzt in Chile lernen muß: "Wir müssen lernen, daß eben die Partei nicht nur die Massen zur Revolution erziehen muß, ihnen ständig die Notwendigkeit der Revolution, ihren Nutzen für das Volk klar machen muß. Eine bolschewistische Partei muß auch die Vorbereitung darauf treffen."

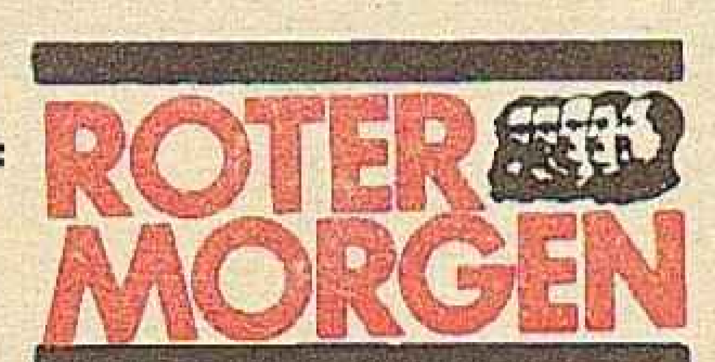
Mehrmals wurde die Rede des Genossen Vorsitzenden durch die Rufe: Vorwärts mit der KPD/ML unterbrochen. Im Anschluß wurden über 600 DM für die Partei gesammelt. Nachdem die Versammlung mit dem Gesang der Internationale beendet wurde, diskutierten Genossen der KPD/ML, unter ihnen auch Genosse Ernst Aust, noch lange mit einigen Arbeitern des Schalker Vereins, in dessen Nähe die Veranstaltung stattgefunden hatte.

Neue Anschrift

Redaktion Roter Morgen
46 Dortmund-Hörde
Postfach 514
Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen über die Nummer: 0231 / 41 13 50.

BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER
ABONNEMENT
AB NUMMER.........



Bestellungen an:
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Parteibüros

Kiel Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74 762.

Bremen Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

Mannheim Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten: Dienstag: 16.00 - 18.3o Uhr, Donnerstag: 16.00 - 18.3o Uhr, Samstags: 9.00 - 13.00 Uhr.

München 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19 Tel.: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mittwoch: 17.00 - 19.00 Uhr, Samstag: 9.00 - 14.00 Uhr.

Parteiveranstaltungen

Bremen: Veranstaltung zum 5. Jahrestag der KPD/ML: 55 Jahre KPD - 5 Jahre KPD/ML. Am 19.1.74, 19.00 Uhr, Bremen-Walle, Gaststätte Keglerheim, Auguststr.

Köln: In Köln findet am 19.1.74 eine Veranstaltung der KPD/ML statt mit dem Thema: 1 Jahr "Rude Kappes" - Vorwärts mit der KPD/ML. Es wird der Film gezeigt: "Reform oder Revolution". Beginn: 19.00 Uhr in der Gaststätte "Drei Tannen", Köln-Nippes, Holbeinstr.

Würzburg: In Würzburg findet am 25.1.74 eine Albanienveranstaltung der ROTEN GARDE statt. Beginn: 19,3o Uhr im "Bierstübl", (Studentenhaus), Jahnstr. 1

Kitzingen: In Kitzingen findet am 25.1.74 eine Veranstaltung der KPD/ML statt mit dem Thema: "Ölkrise und Metalltarifrunde". Beginn: 19.3o Uhr im Gasthaus Moschee.

Köln: Am 25.1.74 lädt die ROTE GARDE Köln zu einer Veranstaltung ein mit dem Thema: Was will die ROTE GARDE? Es wird der Film gezeigt: "Rote Raketen". Beginn: 19.oo Uhr im Jugendheim in Köln-Nippes, Werkstattstr./Dormagenstr.

Duisburg: In Duisburg findet am 21.1.74 eine Veranstaltung zum 5. Jahrestag der KPD/ML statt. Beginn: 19.oo Uhr, Gaststätte Füchslein, Eschestr./Fuchsstr.

Neumünster: Am 18.1.74 findet in Neumünster eine gemeinsame Veranstaltung der KPD/ML und der ROTEN GARDE statt zu dem Thema: "Für den Sieg der palästinensischen Revolution! Unterstützen wir die gerechte arabische Sache!" Beginn: 19.3o Uhr, Hotel "Deutsche Wacht", Wippendorfer Str. (gegenüber Sieck-Kaserne).

Kiel Am 20.1.74 lädt die KPD/ML zu einer Palästina-Veranstaltung ein. Es wird ein Film über den Befreiungskampf gezeigt. Beginn: 16.oo Uhr, Kiel-Friedrichs-Ort, Foerde-Hochhaus.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

MEDIZIN IM SOZIALISMUS



Auf 100 Einwohner kommt in der Bundesrepublik ungefähr ein Krankenbett. Zu wenig? – Die Kapitalisten und ihre Regierung sind da anderer Ansicht. So werden in Westberlin 3 200 Betten wegrationalisiert. Im sozialistischen Albanien kommt mit der Erfüllung des 5. Fünfjahrplans ebenfalls auf 100 Einwohner 1 Krankenbett. Vor der Befreiung gab es in ganz Albanien nur 820 Krankenbetten. Und es sollen noch mehr Krankenhäuser gebaut werden. Vor der Befreiung war Albanien eines der ärmsten Länder Europas und auch heute ist die Volksrepublik Albanien sicher kein reiches Land. Was aber bedeutet es, daß die medizinische Versorgung der Bevölkerung in diesem kleinen sozialistischen Land bereits heute viel besser ist als in der Bundesrepublik? Offensichtlich sind Menschenleben, die Gesundheit der Bevölkerung im sozialistischen Albanien mehr wert als im kapitalistischen Westdeutschland!

Contergan: über 3 000 mißgebildete Kinder, kein Mensch weiß, wieviele Kinder schon vor der Geburt durch dieses 'Medikament' umgebracht worden sind. Hauptsache die Kasse stimmt für die Chemie-Kapitalisten. Alle 13 Sekunden ein Arbeitsunfall, alle 2 Stunden stirbt ein Kollege am Arbeitsplatz. Die Kapitalisten sagen: "menschliches Versagen". Die wirklichen Unfallursachen aber heißen in den meisten Fällen Arbeitshetze, maßlose Antreiberei und fehlende Schutzvorrichtungen. Wieviel verunglückte Kollegen hätten gerettet werden können, wenn es nicht eine halbe Ewigkeit dauern würde, bis sie endlich im Krankenhaus behandelt werden können, wenn in den Betrieben die notwendigen medizinischen Einrichtungen vorhanden wären? Aber Mullbinden und Hansaplast im Sanitätsraum und Schilder mit der Notrufnummer in den Abteilungen sind für die Kapitalisten natürlich billiger.

Und wenn man auch nur eine einfache Grippe hat: nachdem man als kleiner Kassenpatient stundenlang im Wartezimmer gesessen hat, kommt man oft genug kränker vom Arzt zurück, als man hingegangen ist. Als Privatpatient kann einem so etwas natürlich nicht passieren. Nicht die Gesundheit der Werktätigen ist den Kapitalisten wichtig, sondern der Profit, den ihnen die Ausbeutung der Arbeiter bringt. Wer häufiger krank ist und feiern muß, den setzen die Kapitalisten auf die schwarze Liste, da schleppt sich mancher trotz Krankheit in die Fabrik. Im Kapitalismus dient die Medizin den Kapitalisten. Wie eine Maschine repariert wird, werden auch die Werktätigen wieder so zurechtgeflickt, daß sie für den Kapitalisten wieder einsatzfähig sind. Davon, daß die Medizin im Dienste des Volkes steht, kann im Kapitalismus keine Rede sein.

Ein ganz anderes Bild geben die Informationen aus den Volksrepubliken China und Albanien. Hier steht die Medizin tatsächlich im Dienste des Volkes und nicht im Sold einer kleinen Ausbeuterklasse. Denn in China und Albanien hat die Arbeiterklasse die Herrschaft der Ausbeuterklasse gestürzt und ihren eigenen Staat, die Diktatur des Proletariats über die Ausbeuter, errichtet. Darum dient im sozialistischen China und Albanien die Medizin im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern tatsächlich dem Wohl und der Gesundheit des Volkes.

Interview mit Dr. Joshua Horn

14 Jahre als Arzt in der Volksrepublik China

Der englische Arzt Dr. Joshua Horn hat von 1954 bis 1968 als Arzt in der Volksrepublik China gearbeitet, sowohl in Kliniken in den Städten als auch in chinesischen Dörfern. Auf Einladung der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft war er kürzlich in der Bundesrepublik, um einige Vorträge über seine Erfahrungen als Arzt in der Volksrepublik China zu halten. Der Rote Morgen hat diese Gelegenheit benutzt, um dem Genossen Horn einige Fragen zum Gesundheitssystem in der Volksrepublik China zu stellen.

RM: Im alten China gab es für die chinesischen Volksmassen so gut wie keine medizinische Versorgung. Die Medizin stand im Dienst der herrschenden Klasse. Von welchem Prinzip ließ sich die Volksregierung nach der Revolution leiten, um die Medizin in den Dienst der Werktätigen Bevölkerung zu stellen?

Gen. Horn: In erster Linie vertraute die Volksregierung auf die Anwendung der Massenlinie. Auf die Massenlinie vertauen heißt, darauf zu vertauen, daß unter der richtigen Führung durch die Kommunistische Partei und mit der richtigen Zielsetzung die Masse der einfachen werktätigen Bevölkerung jedes Problem bewältigen kann. Aufgabe der Führung ist es, auf die Massen zu hören, von den Massen zu lernen, und die Massen zu mobilisieren. Was sie von den Massen gelernt hat, muß sie mit der Methode des Marxismus-Leninismus analysieren, daraus eine Politik entwickeln und schließlich die Massen mobilisieren, diese in die Tat umzusetzen.

RM: Heißt das, daß die Lösung schwieriger Probleme nicht bei einigen "Experten" liegen muß?

Gen. Horn: Die Massenlinie ist ein ganz wesentlicher Bestandteil des Marxismus - Leninismus. Marx lehrt, daß es die Massen sind und nicht einige wenige "geniale Führer", Staatsmänner oder Wissenschaftler, die die geschichtliche Entwicklung vorantreiben. Die führende Rolle dabei hat die Arbeiterklasse. Man muß sich bei der Bewältigung schwieriger Aufgaben daher in erster Linie auf die Massen stützen.

Geschlechtskrankheiten ausgerottet!

RM: Die Bourgeoisie versucht bei uns zu vertuschen ,daß für das Auftreten vieler Krankheiten gesellschaftliche Ursachen, die kapitalistischen Verhältnisse verantwortlich sind. Stattdessen gibt sie der Bevölkerung die Schuld, sie sei zu unaufgeklärt, ginge nicht früh genug zum Arzt, würde unvernünftig leben usw. Können sie uns ein praktisches Beispiel nennen, wie in China Krankheiten bekämpft wurden, indem ihre gesellschaftlichen Ursachen gleichzeitig bekämpft wurden?

Gen. Horn: Als nach der Befreiung Chinas der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten aufgenommen wurde. Geschlechtskrankheiten haben ihre Ursache im gesellschaftlichen System. Imperialismus und Feudalismus und die damit eng verbundenen Praktiken wie Vielweiberei, Konkubinat, Kinderheirat, Zwangsheirat, Prostitution führten zu ihrem massenhaften Auftreten und ihrer weiteren Verbreitung. Der Imperialismus spielte dabei die schändlichste Rolle.

Die Geschlechtskrankheiten konnte man unmöglich bekämpfen, wenn man sich nur auf die winzige Zahl von Fachleuten stützte. Dazu war die Aufgabe erdrückend groß. Man mußte auf die Massen vertrauen. Überall in China wurden aus der werktätigen Bevölkerung Freiwilligentrupps gebildet. In dreiwöchigen Kursen wurden sie über Entstehung, Diagnose und Behandlung, sowie über die gesellschaftlichen Beziehungen der Geschlechtskrankheiten unterrichtet. Im Anschluß daran schwärmten sie ins ganze Land aus, um hauptsächlich zwei Aufgaben zu erfüllen:

1. Aufklärung und Propaganda. Sie erklärten der Bevölkerung, daß die Prostitution eine der widerlichsten Formen der Ausbeutung der Frau ist und in der neuen Gesellschaft keinen Platz hat. Das die Kinderheirat und Zwangsheirat eine brutale Unterdrückung der Frau durch die alte Ausbeuterklasse war. Sie propagierten die neuen Ehegesetze der Volksregierung (Verbot von Prostitution, Zwangsheirat usw.). Diese Arbeit führte zu einer Revolutionierung im Denken und Handeln der Menschen und führte dazu, daß die Gesetze verwirklicht wurden.

2. Auffinden und Behandlung der zahlreichen Fälle von Geschlechtskrankheiten. Auf Versammlungen in jeder Stadt. auf

Fortsetzung folgt auf der Rückseite

Volksrepublik Albanien

Grosse Erfolge beim Aufbau des sozialistischen Gesundheitswesens!

Unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze hat das albanische Volk nach dem Sieg im revolutionären Befreiungskampf sein Land, das einst zu den rückständigsten Europas zählte, zu einem blühenden Land des sozialistischen Aufbaus gemacht. Das war nur möglich, weil das albanische Volk unter der Führung der Partei der Arbeit entschlossen und siegreich gegen die Versuche der sowjetischen Sozialimperialisten gekämpft hat, Albanien als Obstgarten und Urlaubsland in Rückständigkeit zu halten. In allen Bereichen hat die Volksrepublik Albanien seitdem große Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus gemacht. Der folgende Artikel, der die Erfolge im Ausbau der medizinischen Versorgung des Volkes darlegt, ist im deutschsprachigen Programm von Radio Tirana gesendet worden.

Vor der Befreiung stand die Fürsorge für die Volksgesundheit in den volksfeindlichen feudal-bürgerlichen Regimes an letzter Stelle. Das Gesundheitswesen war damals sehr rückständig. Es gab insgesamt nur 10 Krankenhäuser mit 820 Betten und das nur in den wichtigsten Städten (im Dorf gab es überhaupt keine ärztliche Betreuung). Im ganzen Land gab es 100 Ärzte und 20 Zahnärzte. So kam auf etwa 10 000 Einwohner ein Arzt. Soziale Epidemien wie Malaria, Tuberkulose, Diphterie und andere rafften die Bevölkerung hin. Jeder 2. Einwohner litt an Malaria. Besonders schwer war die Lage auf dem Land. Für 2 500 Dörfer gab es nur 14 Ambulanzen, die aber auch nur begrenzt tätig waren.

In den Jahren nach der Befreiung wurde die albanische Medizin auf völlig neue Grundlagen gestellt und entwickelt. Für die ganze Bevölkerung ist heute die ärztliche Behandlung kostenlos. Heute gibt es in jedem Kreis, der ungefähr 5 bis 6 Dörfer umfaßt, ein Gesundheitszentrum oder ein Kreiskrankenhaus mit einem Arzt, Arzthelfern, einer Hebamme, einem Zahnarzt, einem Zahntechniker und einem Apotheker. Außer dieser Haupteinrichtung hat jedes Dorf eine Ambulanz und eine Frauen- und Mütterberatungsstelle, in der eine Hebamme tätig ist. Jedes Gesundheitszentrum oder Kreiskrankenhaus hat natürlich auch ein Geburtenhaus. Wenn das Gelände unwegsam ist oder die Dörfer groß sind, gibt es solche Geburtenhäuser auch in einzelnen Dörfern.

Da überall Gesundheitseinrichtungen bestehen, kann überall im Lande sich jeder Dorfbewohner in der Nähe seiner Wohnung ärztlich behandeln lassen. Bei der Organisierung des Gesundheitswesens in Albanien gibt es keine privilegierten oder nichtprivilegierten Zonen. Es wird sogar darauf hingearbeitet, daß die weiten und abgelegenen Gebiete ärztlich besser betreut werden. Innerhalb einer kurzen Zeit wurde eine große Anzahl von Hebammen ausgebildet, die sich um Mutter und Kind auf dem Dorf kümmern sollen. Jedes Jahr gehen viele junge Zahnärzte und Apotheker, direkt von der Universität aufs Land. Heute gibt es in Albanien ein relativ breites Netz von Krankenstationen sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande. In diesen Einrichtungen kommen jetzt auf 130 Einwohner je ein Bett. Am Ende des 5. Fünf-Jahr-Planes auf 100 Einwohner ein Bett. (Steigerung um 250% gegenüber dem 4. Fünf-Jahr-Plan).

Dadurch, daß die Anzahl der Einrichtungen erweitert wurde und die Fachkräfte zunehmen, sind jetzt alle Bedingungen vorhanden, daß die Kranken in den Gesundheitseinrichtungen rechtzeitig untersucht und untergebracht werden können. Vom

Fortsetzung folgt auf der Rückseite

... Arzt in China

jedem Dorf wurde die Bevölkerung über die Entstehung der Geschlechtskrankheiten und ihrer Symptome unterrichtet. Mit Hilfe eines Fragebogens konnten die Aktivisten über 95% der Krankheitsfälle herausfinden und erfolgreich behandeln. In ganz kurzer Zeit wurde China, d. h. 1/5 der Welt, so von den Geschlechtskrankheiten befreit.

RM: Welche Probleme traten bei der Durchführung der Kampagne auf?

Gen. Horn: Natürlich traten eine ganze Reihe von Problemen auf. Beispielsweise meldeten die alteingesessenen Medizinexperten schwerwiegende Bedenken an. Sie bezweifelten Genauigkeit und Sicherheit bei der Durchführung der Kampagne. Außerdem hielten sie es für unmoralisch, daß einfache Arbeiter und Bauern Geschlechtskrankheiten behandeln sollten. Die Kommunistische Partei Chinas ist auf der einen Seite kühn in der Planung - es ist natürlich ein kühner Plan, auf die einfachen Arbeiter und Bauern zu vertrauen, um die Geschlechtskrankheiten auszurotten - auf der anderen Seite ist die KP Chinas aber äußerst gründlich und vorsichtig. Aufgrund der genannten Einwände und Bedenken wurde zunächst eine Testuntersuchung in einem Kreis durchgeführt. Die Fachleute überprüften die erreichten Ergebnisse und als feststand, daß über 95% der Syphiliskranken entdeckt und erfolgreich behandelt worden waren, gab die Partei grünes Licht für ganz China.

...albanisches Gesundheitswesen

sozialen Standpunkt aus gesehen, beseitigt die harmonische und planmäßige Entwicklung des Gesundheitswesens jede Diskriminierung, jede Ungleichheit in der gesundheitlichen Betreuung des Landes. Hier wird der Kranke nicht nach seinem Vermögen betreut (vor der Befreiung gab es in den Krankenhäusern Klassen und klassenmäßig verschieden war auch die Behandlung), sondern danach, wie schwer die Krankheit ist.

So ist auch die Unterbringung und die Behandlung im Krankenhaus für alle kostenlos. Das System der Sozialversicherung für die Bevölkerung in Stadt und Land ist so organisiert, daß in Krankheitsfällen die finanziellen Mittel der Familien kaum angetastet werden. Die Frage der Erhaltung der Gesundheit ist eine Angelegenheit des Staates, er stellt darum auch die notwendigen Mittel bereit, die für die Arbeit der Institutionen für die Gesundheitsvorsorge notwendig sind. Zu diesen Institutionen gehören Sanitäts- und antiepidemische Stationen, Tuberkulosefürsorgestellen und andere Heilanstalten. Der Staat stellt die Mittel, um diese Gesundheitseinrichtungen mit Materialien und modernen Apparaten auszustatten.

Am Ende des 5-Jahr-Planes wird die Anzahl der Gesundheitseinrichtungen um 72% höher liegen als im Jahr 1970. Auch die Anzahl der im Gesundheitswesen Beschäftigten wird am Ende dieses 5-Jahrplans um 63% größer sein als beim 4. 5-Jahrplan.

Da der Staat sämtliche Ausgaben für den Volksgesundheitsschutz übernimmt, wurde es möglich, in Albanien rechtzeitig die ärztlichen Privatpraxen abzuschaffen. In den kapitalistischen Ländern verwandeln diese Praxen die Medizin in einen Handel und die Ärzte in Händler, die sich auf Kosten der breiten werktätigen Massen bereichern. Jede Finanzbarriere, die das Volk von den Ärzten trennte, wurde abgeschafft. So sehen sich die Ärzte selbst unter den Bedingungen des sozialistischen Gesundheitswesens keineswegs mehr als privilegierte Kaste, sondern als einfache Menschen des Volkes, die eine humanitäre Aufgabe haben, aber nicht im christlichen Sinne, sondern im sozialistischen Sinne der sozialen Gleichheit und der brüderlichen Liebe, die die albanischen Werktätigen miteinander verbindet.

Die erzielten Erfolge sind ein Ausdruck der ständigen Fürsorge der Volksmacht für die Festigung der Volksgesundheit.

Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von 38 Jahre (vor der Befreiung) auf 68 Jahre (nach der Befreiung), die Sterblichkeit sank. Das zeugt davon, daß sich das materielle und kulturelle Lebensniveau der breiten werktätigen Massen erhöhte und gleichzeitig das sozialistische Gesundheitswesen, das im Dienste des ganzen Volkes steht, entwickelt wurde. Das albanische Gesundheitswesen wird sich stets weiterentwickeln und damit garantieren, daß der Lebensstandard der breiten werktätigen Massen weiter steigt.

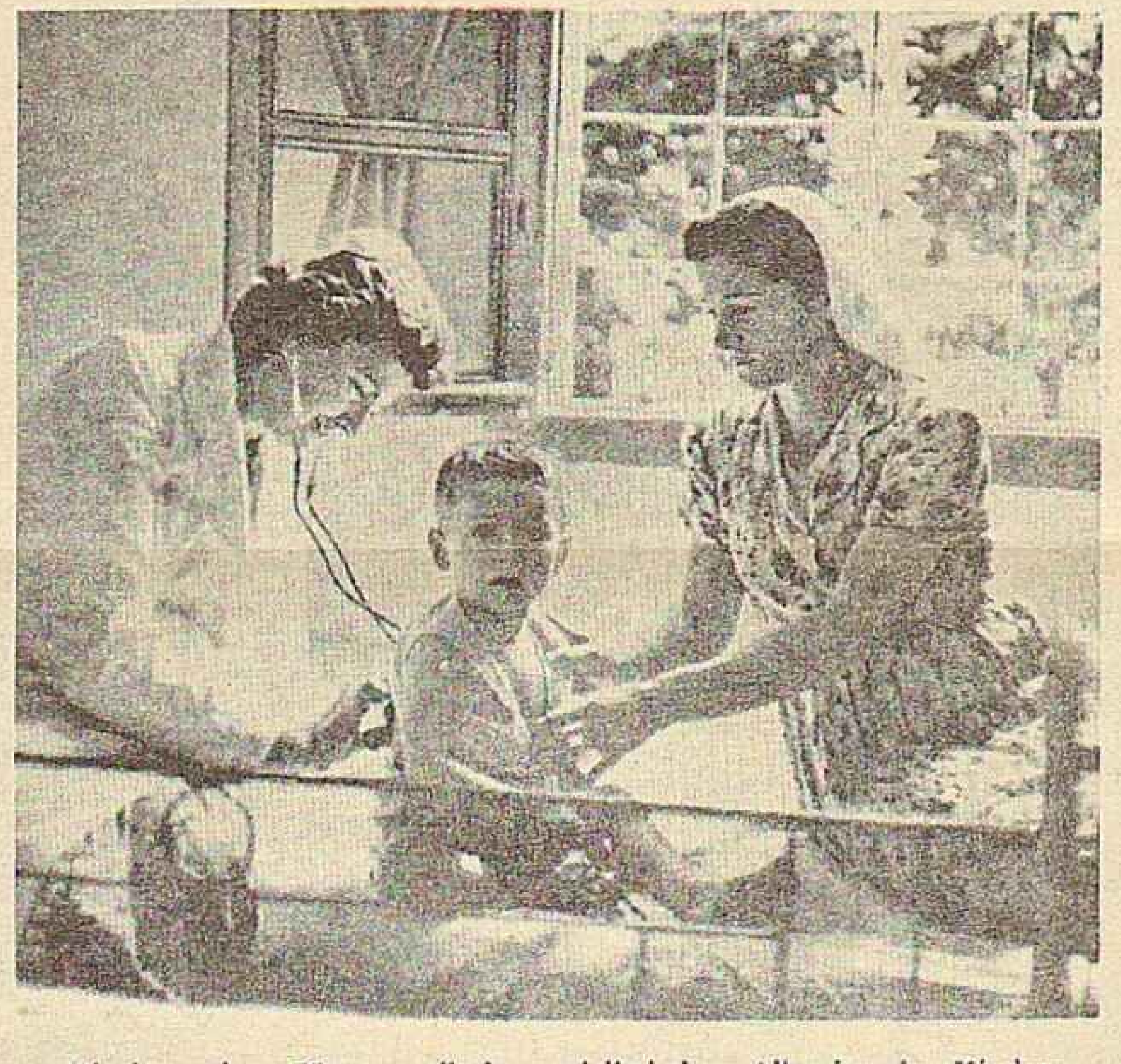
Arbeitermacht schafft Sicherheit am Arbeitsplatz

RM: Können sie uns etwas über Vorsorge und Verhütung von Berufskrankheiten und Betriebsunfällen erzählen?

Gen. Horn: Wenn wie in China die Arbeiter und Bauern an der Macht sind, geschieht alles im Interesse der werktätigen Bevölkerung. Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten machen da keine Ausnahme. In den Fabriken, die unter Kontrolle der Arbeiterklasse stehen, gibt es Komitees für "Sicherheit am Arbeitsplatz". Ihre Aufgabe ist es nicht nur, die Einhaltung der bestehenden Sicherheitsmaßnahmen zu kontrollieren, sondern auch, wenn nötig ,weitere Anweisungen zu erlassen. Die Umweltverschmutzung in den kapitalistischen Ländern hängt eng zusammen mit dem Profitstreben. In China kann keiner durch Umweltverschmutzung, durch Vergiftung der Menschen und der Atmosphäre Profit machen. Dazu kommt, daß in jeder Fabrik aus den Reihen der Kollegen Arbeiterärzte ausgebildet werden. Diese sind den Bauernärzten (barfüßige Ärzte) vergleichbar. Sie sind auf das engste mit den Arbeitern verbunden und kennen die Situation im Betrieb genau. Sie sind daher vorzüglich in der Lage, Unfälle zu verhüten und gegebenenfalls sofortige Hilfe zu leisten.

RM: In den größeren Betrieben in Westdeutschland gibt es von den Kapitalisten eingesetzte Betriebsärzte. Welche Unterschiede bestehen zwischen diesen - den Kapitalisten dienenden Betriebsärzten - und den Arbeiterärzten in der Volksrepublik China?

Gen. Horn: Ein Arbeiterarzt ist sowohl Arbeiter, als auch Arzt. Er wird medizinisch speziell in der Behandlung und Verhütung von Berufsunfällen ausgebildet. Neben seiner Produktionsarbeit leistet er im Auftrag der Kollegen unbezahlte medizinische Arbeit.



Die besondere Fürsorge gilt im sozialistischen Albanien den Kindern. Die Säuglingssterblichkeit in der Volksrepublik Albanien ist viel niedriger als in Westdeutschland.

Bestmögliche Behandlung - keine Geldfrage

RM: Ist die medizinische Behandlung in China für die Bevölkerung sehr teuer?

Gen. Horn: Nein. Man muß sich vor Augen halten, daß China noch ein armes, ein Entwicklungsland ist. Ideal wäre es natürlich, wenn die Krankenversorgung für alle kostenlos wäre. Das wird sicherlich in naher Zukunft der Fall sein. Im Moment ist es jedoch noch nicht möglich. Kostenlos ist die Krankenversorgung für Fabrikarbeiter. Ihre Angehörigen zahlen 50% der Kosten. Bauern auf dem Lande zahlen lediglich die Arzneimittel. Wichtig ist, daß in China kein Arzt, weder auf dem Land, noch in der Stadt irgendwelche Gebühren nehmen darf. Arzneimittel sind in China extrem billig. Es werden dort mit der Gesundheit der Menschen keine Geschäfte gemacht.

RM: Können sie uns sagen, wie hoch die Preise im Verhältnis zu den Löhnen sind?

Gen. Horn: Sehr niedrig. Eine Penicillinspritze kostet nur ein paar Pfennige. Die Kosten für die medizinische Versorgung sind für jedermann leicht erschwinglich. Sind in einzelnen Fällen sehr lange und komplizierte Behandlungen erforderlich, wird Unterstützung gewährt. Niemand wird wegen Geldmangels die bestmögliche Behandlung versagt. Dazu kommt daß weitverbreitete Heilmethoden entweder gar nichts oder verschwindend wenig kosten.

Keine Medikamente mit gefährlichen Nebenwirkungen!

RM: Noch zwei Fragen zur Medikamentenbehandlung. Werden in China Beruhigungsmittel so häufig angewandt wie bei uns? Gibt es Medikamente mit gefährlichen Nebenwirkungen wie z. B. Contergan?

Gen. Horn: Beruhigungsmittel werden selten verordnet. Die chinesische Gesellschaft erzeugt wenig soziale Spannungen oder Nervosität. Die Chinesen brauchen beim Aufbau des Sozialismus einen klaren Kopf und kein Valium. Es besteht kein Grund, mittels Drogen dem Leben zu entfliehen. Sie wollen aktiv am Geschick ihres Landes mitarbeiten. Im Westen werden Medikamente aus Profitgründen oft nur mangelhaft geprüft auf den Markt geworfen. Das ist der Hauptgrund für das Auftreten gefährlicher Nebenwirkungen. In der chinesischen pharmazeutischen Industrie gibt es kein Profitdenken. Medikamente werden hergestellt, um den Menschen zu dienen. Äußerst gründliche Tests werden deshalb durchgeführt.

RM: Wir haben von den großen Erfolgen gehört, die in China bei der Behandlung von Verbrennungen und der Wiederannähung abgetrennter Gliedmaßen erzielt hat. Bei uns werden derartige Operationserfolge immer als spektakuläre Taten einiger "Kapazitäten" herausgestellt.

Gen. Horn: Medizinische Erfolge werden in China erzielt, um die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu befriedigen. Deshalb werden solche Erfolge wie auf den von ihnen genannten Gebieten so rasch wie möglich überall studiert und in breitem Maßstab angewandt. Dadurch konnte z.B. die Sterbequote bei schweren Verbrennungen ganz erheblich gesenkt werden. Sie ist heute am niedrigsten in der Welt. Es gibt nicht wie im Westen einige wenige Behandlungszentren, sondern in jeder größeren Stadt in China gibt es ein erstklassiges Behandlungszentrum für Verbrennungen. Das gleiche gilt für das Wiederannähen abgetrennter Gliedmaßen und Finger. In vielen Krankenhäusern, auch auf dem Land wurden inzwischen solche Operationen erfolgreich durchgeführt.

RM: Genosse Horn, Sie haben 15 Jahre lang in China gelebt. Was war für Sie die wichtigste Lehre?

Gen. Horn: Ja, die hauptsächliche Lehre, die ich in China gelernt habe, war, daß der Sozialismus funktioniert. Er wälzt nicht nur die ökonomische Basis um, sondern revolutioniert auch die Menschen selbst. Die Voraussetzung dafür ist die Führung durch die Kommunistische Partei, die mit dem Marxismus-Leninismus bewaffnet ist.

RM: Genosse Horn, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

"Nach Westdeutschland muß nicht so sehr die Akkupunktur, sondern zuallererst die Politik der VR China "Importiert" werden", mit diesen Worten faßte Genosse Horn auf einer Veranstaltung der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft eine vorangegangene Diskussion zusammen. Nur im Sozialismus, unter der Herrschaft der Arbeiterklasse, steht die Medizin tatsächlich im Dienste des Volkes. Der Sozialismus kann aber natürlich nicht – wie Genosse Horn es scherzhaft formulierte – importiert werden. So wie die Völker Chinas und Albaniens den Sozialismus in einem langdauernden revolutionären Volkskrieg erkämpft haben, so wird der Sozialismus auch in Westdeutschland nicht vom Himmel fallen, noch wird er Schritt für Schritt durch Reformen oder wie die modernen Revisionisten von der D'K'P behaupten, durch die "Zurückdrängung der Monopole" verwirklicht werden können. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, daß die Kapitalistenklasse das Feld nicht freiwillig räumt. Sie kann nur gewaltsam, in der proletarischen Revolution gestürzt werden: Nur der Griff der Massen zum Gewehr, schafft den Sozialismus her! Im letzten Satz seines Interviews sagt Genosse Horn, daß eine der Lehren, die er nach 14-jähriger Arbeit in der Volksrepublik China mitgenommen hat, heißt, daß die Führung durch die Kommunistische Partei notwendig ist für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt uns, daß auch die proletarische Revolution zum Sturz der Kapitalistenklasse, für die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse ohne Führung durch die Kommunistische Partei nicht siegen kann. Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Mao Tsetung-Ideen führt unsere Partei, die KPD/Marxisten-Leninisten, seit nunmehr 5 Jahren den Kampf mit dem Ziel, der Arbeiterklasse den revolutionären, den einzigen Weg zum Sozialismus zu weisen. In den Tageskämpfen für mehr Lohn, gegen Mieterhöhungen, gegen Erhöhungen der Nahverkehrstarife usw., aber auch im Kampf für eine bessere medizinische Versorgung der Werktätigen steht unsere Partei fest an der Seite der Kämpfenden. Sie unterstützt diese Kämpfe und zeigt gleichzeitig auf, daß die Interessen der Arbeiterklasse nur im Sozialismus verwirklicht werden können.

Für eine bessere medizinische Versorgung der Werktätigen! Es lebe die Volksrepublik China, das Bollwerk der Weltrevolution! Es lebe die Volksrepublik Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa! Es lebe die sozialistische Revolution! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland! Vorwärts mit der KPD/ML!